

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Verantwortlicher: Emil Wittmer Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Gemischte wirtschaftliche Betriebe. (I.) — Der gelbe Sklaven-
tanz. — Beschäftigungsgrad der Münchener Gemeindegewerkschaften. —
Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1912. (I.) — Aus Politik
und Volkswirtschaft. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. —
Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. —
Inserate. — Totenliste des Verbandes.

Gemischte wirtschaftliche Betriebe.

Von Dr. Hugo Lindemann, Stuttgart.*)

I.

In der Reihe der Erscheinungen, die uns die letzten Jahre auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung von Monopolbetrieben gebracht haben, stehen die gemischten wirtschaftlichen Betriebe in erster Linie. Sie beschäftigen die Öffentlichkeit, die Kommunalpolitiker, Staats- und Stadtbehörden, die private Unternehmung in einem Maße, das zu der wirklichen Bedeutung in gar keinem angemessenen Verhältnis steht. Namentlich die Unternehmerpresse hat sich ihrer bemächtigt und preist sie einem erkaunten Publikum als die Quintessenz der Verwaltungsweisheit an. Alle Schwierigkeiten, an deren Ueberwindung sich der kommunale Betrieb vergeblich abmühen soll, verschwinden nach den Schilderungen ihrer begeistertsten Lobpreisler schnell und spurlos; alle Vorzüge der privaten Unternehmung, als welche rasche Entschlußfreudigkeit, schnelles Ausnutzen der Marktconjuncturen, rein sachliche (!) Behandlung der Arbeiterfrage bezeichnet werden, verbinden sich mit denen des öffentlichen Betriebes, während wunderbarer Weise bei den Schattenseiten nicht die gleiche Addition, sondern abweichend die gegenseitige Tilgung eintritt. Schon diese Behauptung allein muß den unbefangenen Beobachter wirtschaftlicher Vorgänge stutzig machen; ihre genauere Prüfung muß sie als falsch erweisen. Eine solche Prüfung ist aber notwendig, um für die praktische Anwendung dieser Unternehmungsform Richtlinien zu erhalten.

Zunächst, was versteht man unter einer gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung (G. w. U. im Folgenden bezeichnet)? Passow, der in seinem Buch: „Die gemischt-privaten und öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Gasversorgung und des Straßenbahnwesens“, Jena 1912, das bisher reichste Material zu ihrer Beurteilung zusammengetragen hat, versteht unter ihnen solche

*) Dieser Artikel ist der vorzüglich redigierten Monatschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitiker „Die Gemeinde“ (Wien) entnommen. Der Standpunkt des bekannten Kommunalpolitikers Dr. Lindemann ist von erfrischender Deutlichkeit und entspricht in jeder Beziehung der Auffassung, die bislang in der „Gewerkschaft“ in zahlreichen Artikeln vertreten wurde. Darüber hinaus sind die allgemein-kommunalpolitischen Gesichtspunkte, die Dr. Lindemann zur prinzipiellen Ablehnung der „gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen“ veranlassen, nicht nur für unsere Kollegen, sondern für jeden ernsthaften Kommunalpolitiker beachtenswert. Die Redaktion.

Unternehmungen, „bei denen das verantwortliche, das eigene Unternehmungskapital teils von Privaten, teils von öffentlichen Körperschaften (insbesondere Städten und Kreisen) aufgebracht ist und bei denen auch die oberste Leitung des Betriebes auf Grund des gemeinschaftlichen Eigentums von Privaten und öffentlichen Körperschaften gemeinsam ausgeübt wird“. Beteiligung beider Teile sowohl an der Kapitalaufbringung wie an der Leitung des Betriebes werden also von Passow als das wesentliche Merkmal für diese Unternehmungsform bezeichnet. Man kann sich nun dieser Definition anschließen oder auch den Umfang der G. w. U. weiter ziehen und jedes gemeinsame Arbeiten von öffentlichen Körperschaften und privaten Unternehmern mit diesem Namen bezeichnen, jedenfalls hat Passow darin recht, daß er der Beteiligung der Kommunen an der Kapitalaufbringung besondere Bedeutung beilegt. Für die beteiligten privaten Unternehmer ist sie deshalb so wichtig, weil sie ihnen einen mehr oder weniger großen Teil des Risikos abnimmt, die Anwendung von eigenen Mitteln einschränkt oder billigeres Geld beschafft, als sie es aufzubringen vermögen. Für die Zwecke dieses Aufsatzes schließen wir uns der Passow'schen Definition an.

Auch in diesem beschränkten Sinne sind G. w. U. keineswegs etwas Neues; es gibt deren schon längst auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschaftslebens. Größere Verbreitung hat diese Unternehmungsform erst neuerdings gefunden, als es galt, einheitliche Versorgungen größerer Gebiete mit Gas und elektrischer Energie von großen Zentralen aus oder mit elektrischen Straßenbahnen unter Ueberwindung der Zersplitterung ins Leben zu rufen. Diese Bestrebungen gingen fast durchweg von der privaten Unternehmung aus, die sich dabei durch die vorhandenen zahlreichen kommunalen Gas- und Elektrizitätswerke behindert sah. In allen diesen Fällen suchte man der kommunalen Betriebe, wenn es nicht anders, z. B. durch das einfache Mittel des Kaufs ging, dadurch Herr zu werden, daß man eine G. w. U. einrichtete, an der die Gemeinde beteiligt wurde. Hier handelte es sich also meist um eine *Aufbildung* vom rein kommunalen Betrieb, bei dem die Interessen der Allgemeinheit sicherlich am besten aufgehoben sind, zu dem der G. w. U. mit ihrem *Atom* zwischen diesen und den Profitbedürfnissen des privaten Kapitalists. Die größte und älteste Unternehmung dieser Art ist das *Abweiniich westfälische Elektrizitätswerk A. G.*, das mit einem Aktienkapital von 38 Millionen Mark und einer Obligationenschuld in gleicher Höhe arbeitet. Die Monopolisierung der Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie des Straßenbahnwesens im ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk war der gigantische Plan dieses Unternehmers und seines Führers G. *Stinnes*, dessen Ausführung sich anfänglich widerspruchlos zu vollziehen schien. Erst nach einiger Zeit regte sich der Widerspruch in den weitläufigeren Kreis- und Gemeindeverwaltungen, denen es gelang, große Teile der Versorgungsgebiete für sich zu retten (Werte Mark,

Wettfalen, Dortmund). Der Widerstand einer großen Zahl von Gemeinden wurde dadurch überwunden, daß man ihnen eine Beteiligung an den Unternehmen anbot. So waren denn im Jahre 1912 an dem Aktienkapital der Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke Städte, Kreise und Landgemeinden mit circa 30 Proz. und rund 13 Millionen Mark beteiligt. Von den 24 Aufsichtsratsmitgliedern entfallen 14 auf Kommunen. Am stärksten beteiligt sind Essen mit 4.725.000 Mk. und Mühlheim-Nuhr mit rund 1.000.000 Mk. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat also eine starke Rückbildung vom kommunalen zum privaten oder richtiger genant wirtschaftlichen Betrieb stattgefunden. Ähnliche Entwicklungen sind in Altona zu beobachten, wo das städtische Elektrizitätswerk an eine G. w. U. Unterelbe verpachtet wurde, in Darmstadt und Königsberg, wo städtisches Elektrizitätswerk und Straßenbahn das gleiche Schicksal hatten, und andere mehr.

Umgekehrt ist mit der G. w. U. eine höhere Entwicklungsstufe zum öffentlichen Betrieb gegenüber dem privaten Konzeptionsbetrieb nur in wenigen Gemeinden erreicht worden. Hier ist in erster Linie Straßburg i. E. zu nennen. Ein sehr ungünstiger Vertrag machte den Rückwerb der konzeptionsierten Anlage nur zur außerordentlich hohen Preisen möglich, die die Rentabilität sehr stark beeinträchtigt hätten. Als Gegenleistung für eine Konzessionsverlängerung unter Verzicht auf die Ausübung des Stundigungsrechtes bis 1940 wurden der Stadt 40 Proz. des Aktienkapitals zu günstigen Bedingungen eingeräumt. Dem Bürgermeister Dr. Schwander gelang es dann, während die Verhandlungen noch schwebten, weitere 11 Proz. in der Stille hinzuzukaufen, so daß die Stadt die Aktienmehrheit besitzt und damit bestimmenden Einfluß ausüben kann. Das Straßburger Vorgehen, namentlich der Verzicht auf die kommunale Regie, wurde später als besonders nachahmenswert hingestellt und dabei in der Regel der Grund für dieses Vorgehen und sein Ausgangspunkt, das Bestehen eines sehr ungünstigen Vertrages, nicht erwähnt oder nur andeutend. Die Straßburger Aktien wird aber ganz verständlich nur dann, wenn man sich die recht schlechte Vertragsstellung der Stadt gegenüber dem privaten Elektrizitätswerk klar macht.

Es würde zu weit führen, in diesem kurzen Aufsatz auf alle die verschiedenen Entwicklungsweisen der G. w. U. näher einzugehen. Nur die eine sei noch erwähnt: ihr Entstehen auf Neuland, bei dem also weder ein Entkommunalisierung noch ein Erlaß der rein privaten Unternehmungsform vorliegt. Ein solcher Vorgang liegt bei der Gründung einer ganzen Reihe von Oberlandzentralen für (zum Beispiel Reichs-)werke, an denen die Stadt München mit 51 Proz. beteiligt ist, Elektrizitätswerk Weibingen-Weidelsheim usw.).

Welches sind nun die Gründe, die die beiden Parteien mit den wesentlich entgegengegesetzten Interessen veranlaßt haben, sich zu gemeinsamer Arbeit in den G. w. U. zu verbinden? Beginnen wir mit der privaten Unternehmung. Es liegt auf der Hand, daß diese nicht aus eigenen Stücken dazu gekommen ist, sich die Freiheit ihrer Betätigung und ihres Profitbestrebens beschränken zu lassen. Das private Kapital will sich beide nicht durch Zwecke, die außerhalb ihrer ausschließlich durch die Erwerbsabsicht bestimmten Tätigkeit liegen, irgendetwie einengen lassen, so lange es irgend kann. Entschließt es sich zu einer G. w. U., so nicht, um damit die öffentlichen Interessen zu fördern oder aus irgendeiner platonischen Schwärmerei für eine ideale Unternehmungsform heraus, sondern weil es nicht anders gina. Das Ziel stand in der Regel so: sollte aus dem Unternehmen überhaupt etwas werden, so mußte es die Beteiligung der Kommunen und kommunalbetriebliche in Kauf nehmen. Das Terrain war in vielen Fällen, wie Passow in einem schon genannten Punkte ganz richtig ausführt, häufig nicht mehr frei. Die kommunalen Verbände hatten keine Notwendigkeit, ihren Namen für rein private Zwecke zur Verfügung zu stellen, von nur privaten Werken ihren Strom oder ihr Gas zu beziehen. Sie wollten auch an

den Gewinnen teilnehmen, mit denen solche Monopolwerke zu arbeiten pflegen. Dazu kam, daß das Gebiet oft schon von kommunalen Werken versorgt wurde, daß die Gemeinden aber nicht geneigt waren, sich ihre Werke abkaufen zu lassen. Man mußte also ein Kompromiß mit den Gemeinden schließen, um das Unternehmen nicht scheitern zu lassen. Vom Standpunkt der privaten Unternehmung aus kam man zur G. w. U., nicht weil man in ihr die beste Unternehmungsform sah, sondern weil man nur auf diesem Wege die kommunalen Widerstände überwinden konnte. War es nicht möglich, die Leute allein nach Soule zu bringen, so mußte man Notgedrungen sie teilen, wollte man sie nicht ganz dem Gegner überlassen. Und daß bei diesem Teilungsgeschäft die geriebenen Geschäftsführer der privaten Unternehmung das mögliche für ihre Auftraggeber herausgeholt haben, daß der Fakt oft ein kontinuierlicher war, bei dem das Unternehmertum die Rolle des „Löwen“ spielte, wird die Zukunft früh genug den überprivilegierten Gemeinden klar machen, mögen sie auch für wenige Jahre sich an den gesteigerten Erträgen erfreuen.

Verfügt wurde übrigens den Unternehmern die Leistung durch den Vorteil der erleichterten Kapitalbeschaffung, den ihnen die Beteiligung der öffentlichen Körperschaften brachte. Das bedeutete billigere Zinsen für das Obligationenkapital, geringere Beteiligung des eigenen Kapitals und höhere Verzinsung des eigenen Aktienkapitals. Ein weiterer nicht weniger wichtiger Vorteil ist die erleichterte Bereitstellung öffentlicher Anlagen aller Art, vor allem aber der Wege für die Zwecke des Unternehmens, die Ausnützung des kommunalen Einflusses bei Verhandlungen mit Behörden, die Betonung des „gemeinnützigen“ Charakters des Unternehmens. Schließlich aber bedeutet die Teilnahme der Gemeinde eine Verminderung des Risikos, die nicht nur im Verhältnis zu der Höhe des von ihr übernommenen oder mit ihrer Bürgschaft versehenen Kapitals steht, sondern darüber hinausgeht. Der Einfluß der Gemeinde auf ihre Einwohnerzahl kommt hier als wirksamer Beweggrund in Betracht.

Erleichtert wurde schließlich der privaten Unternehmung der Anschluß noch durch die Tatsache, daß es ihnen meist gelang, die eigentliche Geschäftsführung, insbesondere die Anstellung der leitenden Beamten, in ihre Hände zu bringen. Da sie daneben im Aufsichtsrate, zum Teil gleich stark wie die beteiligte Gemeinde, vertreten war, hatte sie in der Tat den ganzen Betrieb in der Hand, als ob er ein privater wäre. Das ist für die Fabrikationsfirmen, von denen sehr häufig der Anstoß zur Gründung solcher G. w. U. ausging, namentlich wegen der Bestellungen besonders wichtig. Trotzdem formell ein Lieferungsmonopol für sie besteht, wird ihnen doch sicherlich keine Lieferung entzogen, auf die sie Wert legen. Dabei vermeiden sie gleichzeitig das Odium, das den Monopolen anhaftet. Neben den Lieferungen an das Werk selbst kommen auch die Installationen in Betracht. Hier können die Bedingungen so gestellt werden, daß die interessierte Fabrikationsfirma einen weiteren Vorzug hat.

Dieht man die Gründe durch, die von den Kommunen für ihre Beteiligung an G. w. U. und für das Aufgeben der eigenen Werke angeführt werden, so ist man erstaunt über ihre Türftigkeit. Alte Bekannte, die man schon längst endgültig verblissen glaubte, feiern ein fröhliches Wiederankersichen. Es sind die alten Gründe, die seit Jahrzehnten unermüdlich von der privaten Unternehmung und ihren literarischen Bersehtern vorgebracht worden sind, ohne daß sie dadurch etwas an Beweisraft gewonnen hätten. Lassen wir sie in der Aufzählung, die Passow gibt, an uns vorüberziehen. Dem öffentlichen Betrieb seien die Hände zu sehr gebunden; es konnten daher keine tüchtigen Betriebsleiter gewonnen werden. In der kommunalen Betriebsorganisation lägen viele Schwächen; es machten sich in den Stadtverordnetenversammlungen Einflüsse geltend, die der Entwicklung der Werke nicht günstig seien. Dies ist die Gruppe von Einwendungen, die aus der Organisationsform hergeleitet sind. Es kann zugegeben werden, daß die für ganz andere Aufgaben berufenen

und zum großen Teil verasteten Gemeindeordnungen nicht die günstigste Organisationsform gestatten. Das ist aber kein Argument gegen den öffentlichen Betrieb, sondern gegen die Gemeindeordnungen, deren Reform überall dringend ist. Uebrigens lassen sich auch diese Hemmungen durch die Uebertragung von Befugnissen an Verwaltungskommissionen zum großen Teil überwinden. Und was die Einflüsse der Stadtverordnetenversammlung angeht, so kann man ruhig zugeben, daß es recht unvernünftige Stadtverordnete gibt, wie übrigens auch Aufsichtsräte und Aktionäre. Wenn man aber ihre Einflüsse hier bemängelt, so ist es meist die Berücksichtigung sozialer Momente bei der Verwaltung der städtischen Betriebe, die den Anhängern der privaten Unternehmung so unangenehm ist. Sie befürchten eine Beeinflussung der privaten Betriebe durch die Verhältnisse der städtischen, namentlich in Lohn- und Gehaltsfragender Arbeiter und Angestellten. Gerade aber die Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte ist der Vorzug des öffentlichen Betriebes. Das stets wachsende Personal der städtischen Betriebe bringt dann nach den Ausführungen der Sachwalter der privaten Unternehmung für die Unabhängigkeit der Verwaltung große Gefahren mit sich. Es entsteht die Versuchung, bei der Behandlung der Arbeiterfragen neben sachlichen Gründen parteipolitischen und wahlagitorischen Erwägungen zu folgen. Mit anderen Worten, bei dem privaten Betrieb können die Löhne und Gehälter leichter niedriger gehalten werden als bei den öffentlichen. Die Behauptung wird keineswegs durch die Erfahrung bewiesen, aber selbst wenn sie wahr wäre, enthielte sie doch nur einen Beweis für die Notwendigkeit des öffentlichen Betriebes. Und wenn daher auch die Leiter kommunaler Straßenbahnen sich gegen eine weitergehende Kommunalisierung ausgesprochen haben, so beweist das zunächst wohl gar nichts. Denn die technischen Leiter städtischer Betriebe stehen infolge ihrer Ausbildung so durchaus in individualistischer Anschauung, sind von dem Ideenkreis des privaten Kapitalismus so vollständig erfüllt, daß die Tatsache ihres Widerstands an und für sich nichts besagt, wenn er nicht durch zwingende Gründe gestützt wird. Davon ist aber gar keine Rede. Ihre Einwendungen sind meist stereotypische Wiederholungen dessen, was in der unternehmerfreundlichen Presse seit Jahrzehnten wiederholt wird. Man vergleiche zum Beispiel die Ansätze einiger städtischer Betriebsleiter, wie sie Passow zusammengestellt hat. Da heißt es in der einen: „Die Gesamtheit hat jedenfalls ein unbedingtes Recht darauf, daß das öffentliche Verkehrsweesen nicht von politischen Augenblickserfolgen abhängig gemacht wird.

Die gesündeste Lösung muß deshalb darin gesehen werden, wenn die Kommunen sich bei Verkehrsunternehmungen beteiligen, während für die Unternehmungsform selbst eine kaufmännische Organisation, und zwar die Form einer Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu empfehlen ist.“ Das „deshalb“ ist in der Tat ein sehr leiterer logischer salto mortale. Gewiß soll das öffentliche Verkehrsweesen nicht durch die Bedürfnisse der Parteipolitik bestimmt werden, aber doch wohl nur diese im engsten und schürmsten Sinne gemeint. Denn es ist natürlich der Zweck und die Aufgabe der politischen Parteien,

ihre Auffassungen in der Stadtverwaltung zur Geltung zu bringen und diese werden wiederum durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse der von ihnen vertretenen Bevölkerungsklassen bedingt. Aber werden denn diese parteipolitischen Beeinflussungen ausgeschaltet, wenn die Stadt sich nur nicht mehr so stark zur Geltung bringen wie beim kommunalen Betrieb. Das kann übrigens ein sehr großer Nachteil sein. Denn was steht auf der anderen Seite? Doch nur das Profitbedürfnis des privaten Kapitals, das heißt einer im Vergleich zur Einwohnerzahl kleinen Zahl von Aktionären oder sonstigen Interessenten. Ist nun aber dem öffentlichen Verkehrsweesen damit am besten gedient, wenn es unter dem Gesichtspunkte privaten Profitbedürfnisses betrieben wird? Das wird nicht einmal der begeisterte Vertreter der privaten Unternehmungen behaupten wollen. Gerade beim Verkehrsweesen sind so viele der allerwichtigsten öffentlichen Interessen — man denke nur an das Wohnungswesen und seine Zentralisation — zu berücksichtigen, daß nirgends der private Betrieb unangebrachter ist als hier. Man denke nur an die endlosen Klagen über die Wirtschaft der privaten englischen und französischen Eisenbahnen und an die nicht minder endlosen Klagen der Bevölkerung in Städten mit privaten Straßenbahnen,

die oft in höchst bürokratischer Weise verwaltet werden. Gewiß werden sich bei der kommunalen Regie der Straßenbahnen lokale Einflüsse manchmal leichter durchsetzen als bei einer privaten — aber haben nicht die Außenbezirke der Städte auch ein Recht auf die Förderung ihrer Entwicklung und liegt es nicht im allgemeinen Interesse, das weiträumige Wohnen in ihnen zu fördern, auch wenn die Linien dorthin zunächst für eine Reihe von Jahren unrentabel sind? Man begegnet eben bei all diesen Ausführungen stets dem Grundfehler, daß man bei öffentlichen Betrieben einzelwirtschaftlich statt gemeinwirtschaftlich rednet, und sich nicht klar wird, daß ein Defizit, gemeinwirtschaftlich betrachtet, tatsächlich ein gewaltiges Plus sein kann.

Menschenopfer unerhört!

**742 422 Verletzte,
137 089 Schwerverwundete,
10 900 Tote!**

So lautet der Bericht vom Schlachtfeld der Arbeit für das Jahr der Arbeit 1912. Zählt man die Krüppel und Leichen aus den letzten 20 Jahren zusammen, dann ergeben sich folgende graufigen Zahlen:

**10 351 952 Verletzte,
2 312 837 Schwerverwundete,
167 638 Getötete!**

Immer höher schwillt das Blutmeer. Riesengroß wird das Heer der Krüppel. Hetafomben von Leichen bedecken die Wälder der Arbeit.

Die Ursachen des furchterlichen Vernichtens sind:

**Mangelhafter Arbeiterschutz,
Uebermäßig lange Arbeitszeiten,
Aufforderung!**

Das Unternehmertum setzt allen Forderungen, die auf eine Verminderung der Unfälle hincielen, hartnäckigen Widerstand entgegen. Darum,

Arbeiter und Arbeiterinnen!

demonstrieren für:

**Verkürzung der Arbeitszeit,
Ab Abschaffung der Aufforderung,
Verbesserung der Gewerbeinspektion,
Anstellung von Arbeiterkontrollleuten!**

Das geschieht in nachdrücklicher, die herrschende Gesellschaft am stärksten beeinflussender Weise durch:

Eintritt in die gewerkschaftliche und politische Organisation!

Abonnement auf die Arbeiterpresse!

Der gelbe Sklaventanz.

Der Tagespresse entnommen wir den nachfolgenden trefflichen Artikel von Rosa Luxemburg:

Das Unternehmertum und die bürgerliche Presse verausachen sich an den „beispiellosen Erfolgen“ der gelben Organisationen. In der Tat! Welch raider, plötzlicher Aufschwung in der jüngsten Zeit! Fallen auch die gelben Verbände neben dem mächtigen Bau der freien Gewerkschaften zahlenmäßig kaum ins Gewicht — wer wird bestreiten, daß sie, für sich genommen, äußerst rasch gewachsen sind. Nur ist dieser „Aufschwung“ nichts weniger als beispiellos, und die geschäftigen Agenten des Unternehmertums hätten Grund, nichts mehr mit diskretem Schweigen zu verhalten, als gerade die Plöbligkeit jenes Aufschwungs, — wenn sie überhaupt instände wären, ihren berufsmäßig bloß auf die „Konjunktur“ gerichteten, durch ordinäre Kapitalkraftkosten des Alltags abgestumpften Blick zu erheben und auf die Vorgehensweise ihrer heutigen Methoden zu richten.

Die Versuche, aus den Opfern der Ausbeutung auch noch willige Werkzeuge zur Vereinnahmung des Abenteurerwitens selbst zu machen, die Unterdrückten begeisterte Anhänglichkeit für ihre eigene Unterdrückung mimen zu lassen, sind so alt und so mannigfaltig, wie die Formen der Ausbeutung und der Klassenherrschaft. Die ökonomische Macht ist von ihren Nutznießern seit jeher nicht bloß dazu benutzt worden, aus eigenen Vereinerung die Arbeitenden physisch wie eine Zitrone auszupressen, sondern sie auch moralisch zu zertreten, ihre Menschenwürde zu verhöhnen, ihre soziale Wertlosigkeit zu mißbrauchen, um sie an der Verrichtung ihrer eigenen Ketten arbeiten zu lassen, um sie die Ketten mit Lust und Jauchzen klirren zu lassen.

Der alte Kettelbeck, der ein ebenso großer deutscher Patriot wie tüchtiger Sklavenhändler in den Gewässern des Atlantischen Ozeans war, erzählt von einer seiner Fahrten mit der schwarzen Ware im Jahre 1772: „Für die männlichen Skaven sind ein paar besonders lustige und pfiffige Matrosen ausgewählt, welche die Bestimmung haben, für ihren munteren Zeitvertreib zu sorgen und sie durch allerlei gebrachte Spiele zu unterhalten. Spiel, Pöffen und Gelärm währen fort bis um drei Uhr nachmittags, wo Anstalten zu einer zweiten Mahlzeit gemacht werden, nur daß jetzt statt der Gerstengraupen große Saubohnen gekocht werden, die zu einem dicken Brei gebrüht und mit Salz, Pfeffer und Palmöl gewürzt sind. Unmittelbar darauf wird die Trommel zum lustigen Tanze gerührt. Alles ist dann wie elektrifiziert; das Entzücken spricht aus jedem Munde, der ganze Körper gerät in Bewegung, und Verzückungen, Sprünge und Possuren kommen zum Vorschein, daß man ein losgelassenes Tollhaus vor sich zu sehen glaubt. Die Weiber und Mädchen sind indes doch die Verfeinersten auf dieses Vergnügen, und um die Lust zu vermehren, springen selbst der Kapitän, die Steuerleute und die Matrosen mit den leidlichsten von ihnen zu Zeiten herum, — sollte es auch nur der Eigennutz gebieten, damit die schwarze Ware desto frischer und munterer an ihrem Bestimmungsorte anlangt.“

Nach diesem einfachen Rezept verfahren auch die herrschenden Klassen im heutigen kapitalistischen Staate. Als in England die ersten Befehle zur Einschränkung der Fabrikarbeit der Kinder angekommen wurden, gingen beim Parlament zahlreiche Petitionen proletarischer Eltern ein, worin diese inständigst baten, ihren Kleinen ja die Wohltat der zwölfstündigen Zuchtshausarbeit in den verpesteten Fabrikräumen nicht zu rauben. Könnten doch einige freie Stunden am Tage, welche die Kinder auf der Straße verbringen würden, ihrem „Seelenheil“ gefährlich werden. Es war die Furcht des Kapitals, die hier Eltern zu mörderischen Anstreibern ihrer eigenen Kinder machte. Als in den 80er Jahren in den hungernden russischen Dörfern noch die berühmten Eintreibungen der Steuerrückstände jedes Jahr stattfanden, endete die Prozedur gewöhnlich damit, daß auf Befehl der Beamten und unter ihrer Aufsicht die schuldigen Bauern abwechselnd einander an die Pant schnallen und mit Ruten durchpeitschen mußten. Heute spielen die gelben Gewerkschaften die Rolle der jauchzenden Skaven, die unter Feindschaft des Kapitals einen tollsten Tanz aufführen, sowie der geistig lebendigen russischen Bauern, die auf Befehl ihre eigenen Kinder züchtigen.

Aber damit ist auch ihre kurze Laufbahn in der Geschichte der heutigen Arbeiterbewegung im voraus umzirkelt. Der heutige Gewerkschaftskampf, der alle Augenblicke gewaltige Kräfteproben mit dem totalsten Kapital zu bestehen hat, der ohne hohen Idealismus und große Gesichtspunkte seinen Weg nicht finden kann, erfordert von seinen Soldaten einen viel höheren geistigen Genius, als ebendem. Wer nur aus kleinstem Eigennutz, um der Aussicht willen

auf den klingenden Klammern der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder der Lohnerhöhung in Reich und Glied getreten ist, wird leicht die Fahne verlassen, da in den heutigen schweren Zeiten die unersetzlichen Vorteile und die Siege der Gewerkschaften sich meist nicht in klingender Münze greifen und nicht am nächsten Tage überblicken lassen. Dazu kommt die niederschmetternde Gewalt der Krise, die die schwächsten Existenzen: alte, kranke, unter schweren Familienverhältnissen leidende Arbeiter dem Terror des Kapitals erbarmungslos preisgibt. So fällt alles was morisch, bruchig und schwach war in den Gewerkschaften heute von ihnen ab, um aus dem Abfall den gelben Schutzwall des Kapitals zu bilden.

Aber gerade die Plöbligkeit seines Wachstums ist der sicherste Gradmesser seiner Kurzweiligkeit. Was auf geistiger Erkenntnis, auf innerer Ueberzeugung, auf freiem Entschluß der Arbeiterklasse beruht, reißt langsam, schreitet zäh und bedächtig vorwärts. Jeder Fußtritt an Massenaufklärung und Organisation des modernen Proletariats ist in geduldigem harten Ringen erkämpft worden. Das plöbliche Anschwellen der gelben Bewegung ist der beste Beweis, daß ihr Fundament nicht die innere dauerhafte Ueberzeugung ist, sondern daß der Feindschaft des Kapitals allein plöblich die Bühne in einen „Pall“ verwandelt, „Verzückungen, Sprünge und Possuren“ hervorgezaubert hat, „daß man ein losgelassenes Tollhaus vor sich zu sehen glaubt“.

Aber das geschichtliche Geick des Massenkampfes läßt sich nicht vergewaltigen noch als Nummenschanz narren. Hinter der grimfenden Frage des Bajazzo quillt bald das bleiche Gesicht des gequälten Opfers hervor. Die Tanzbelustigungen auf den Sklavenschiffen hinderten nicht, daß gewaltige Sklavenaufstände unaufhörlich ausloderten, solange das infame System dauerte, und manchen schwarzen „Pall“ in Schredenssjene wandelten. Der gepeitschte russische Bauer der 80er Jahre stand fünfzehn Jahre später im dichtesten Dauen der Revolution, rüttelte herb an den Pfeilern des Absolutismus und steckte seinen Derrn den roten Hahn unter's Dach. Auf die hurrapatriotischen Wahlen des Jahres 1907, in denen Tausende abhängiger Arbeiter, Angestellte, Kleinbürger durch den politischen Terror gezwungen waren, die Sozialdemokratie zu verraten, folgten mit ehrlicher Wut die Wahlen 1912, wo das Vertrauen der Massen wie im leidenschaftlichen Sturm mit Zinseszinsen zurückgab, was es sich vorübergehend durch brutalen Druck gegen uns hat abtoben lassen. Ebenso wird sich die getretene Menschenwürde und Selbstachtung der armen Proletarier bald aufblähen, die heute zum schmutzigen Gemüßbrauch werden, was einem Menschen zugemutet werden kann: zum Verrat an dem Befreiungskampf der eigenen Klasse. Mit derselben fatalen Naturnotwendigkeit, mit der in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Zeiten der Krise in wenigen Jahren ein neuer Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens folgt, muß auch auf die augenblickliche gelbe Flut unerbittlich die Ebbe folgen. Und je höher zeitweilig die Erfolge dieser Organisationen vom Unternehmertum aufgepeitscht werden, um so rascher und gründlicher wird sich zeigen, daß die gelbe Bewegung nur eine vorübergehende kurze Schlammwelle ist, die freien, vom revolutionären Massenkampf belebten, von den Idealen des Sozialismus durchleuchteten Gewerkschaften aber der dauernde Niederlag, der befruchtende Schlad der Geschichte, in dem die Saaten der Zukunft aufgehen.

Beschäftigungsgrad der Münchener Gemeindearbeiter.

Anlässlich der Debatten im Münchener Rathaus über die Entlassungen von städtischen Arbeitern beantragte die sozialdemokratische Fraktion u. a.:

„Es wolle eine bis 1. Januar 1913 zurückgreifende Uebersicht über die in jeder Woche von den einzelnen Abteilungen — beim Straßenbau von den einzelnen Bezirken — beschäftigten Arbeitern gegeben werden.“

Die Soziale Kommission sowie die beiden städtischen Kollegien haben diesem Antrag die Zustimmung erteilt. In der „Gemeindezeitung“ Nr. 20 ist erstmalig eine Uebersicht über die beim Stadtlantamt in Regie beschäftigte Anzahl von Arbeitern in der neunten Arbeitswoche, d. i. vom 27. Februar bis 5. März 1914 gegeben. Leider enthält diese Uebersicht nur die Anzahl der beim Stadtlantamt beschäftigten Arbeiter, nicht aber die der gesamten städtischen Betriebe, wie das im sozialdemokratischen Antrag gemeint und tatsächlich von beiden Kollegien aufgeheßen wurde. Eine Ausdehnung nach dieser Richtung hin ist unerlässlich, wenn man ein tatsächliches Bild des Beschäftigungsgrades der Gemeindearbeiter geben will. Zu allermindest müßten noch die gewerblichen Betriebe, wie U-Druckerei, Gaswerk, Straßenbahn, Schlachthof, Marktall,

Golzhof, hinzugefügt werden. Die übrigen Betriebe beschäftigen ja nur wenige Arbeiter und konnten vielleicht in einer Rubrik zusammengezogen erscheinen.

Was die Gesamtzahl der Gemeindefarbeiter betrifft, so waren nach einer jeweils am 1. Juli v. J. festgelegten amtlichen Aufstellung beschäftigt:

1911: 3597 Arbeiter, 1912: 4444 Arbeiter, 1913: 4165 Arbeiter.

Nach dem augenblicklichen Stand dürften unter Berücksichtigung der auch bei den in der Stadtbauamtlichen Aufstellung nicht enthaltenen städtischen Betrieben kaum mehr als 3000 Arbeiter vorhanden sein; d. h. daß gegenüber den Sommermonaten des Jahres 1913 eine beträchtliche Abminderung zutage getreten ist, was um so bedauerlicher erscheinen muß, als auch von 1912 auf 1913 eine erhebliche Minderung der Zahl der städtischen Arbeiter eingetreten ist. — Für das Stadtbauamt ergibt sich folgende Arbeiterzahl:

	1.7.11	1.7.12	1.7.13	Jahr 1914 (7.2 bis 5.3.)
Hochbau	136	128	179	116
Heizung und Maschinenbau	65	60	63	91
Straßenbau mit Asphaltwerk und Steinlager	938	1267	1178	911
Gartenbau	129	171	180	163
Kanalbau	65	65	66	75
Wasserbau	136	170	75	223
Wasser Versorgung	38	49	61	106
Zusammen	1507	1910	1818	1675

In der achten Arbeitswoche (20. bis 26. Februar) waren nur 1581 gegen 1675 Arbeiter in der neunten Arbeitswoche beschäftigt; die Wehrung ergibt sich daraus, daß Schneefall eintrat und beim Straßenbau 47 Schneeräumer, die naturgemäß für einige Tage beschäftigt werden, zur Einstellung kamen. Die übrigen Neueinstellungen dürften eine Folge der Kritik über die fortgesetzten Arbeiterentlassungen sein. Zieht man diese Neueinstellungen ab, so ergibt sich für den Straßenbau eine Arbeiterzahl von etwa 850, d. i. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1913 (1178) eine Minderung von 300. Zieht man aber das Jahr 1912 noch mit in Betracht, so ergibt sich eine Abminderung von rund 400 Arbeitern. Es zeigt sich also, wie notwendig es war, durch solche authentische Zahlen Klarheit zu schaffen, und damit sind die Äußerungen des Vorstandes des Stadtbauamtes, der die Arbeiterentlassungen immer wegsputzieren wollte und von nur etlichen Mann sprach, am besten beleuchtet. Die übrigen der ansehnlichen Abteilungen haben sich ziemlich konstant gehalten. Die Schwankungen bei der Abteilung Hochbau und Heizung gleichen sich gegenseitig aus, da eine Anzahl der Heizer während der Sommerperiode zum Hochbau überwiesen wird. Die Abminderung beim Gartenbau ist erklärlich durch die während einiger Wintermonate übliche Entlassung von Arbeiterinnen, die im März oder April wieder eingestellt werden. Die Wehrung beim Kanalbau gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1913 ist auf die Vergrößerung des Kanalnetzes sowie auf die Neueinstellung der Arbeitsbezirke zurückzuführen. Die Wehrung beim Wasserbau entspricht insofern natürlichen Verhältnissen, als dort nur während der Wintermonate bei niedrigem Wasserstand gearbeitet werden kann. Zu beachten ist dabei aber, daß ein großer Teil dieser Arbeiter erst in der ersten Arbeitswoche des Jahres zur Einstellung gelangte und inzwischen bereits wieder entlassen worden ist.

Alles in allem genommen, ergibt sich also beim Stadtbauamt gegenüber dem Sommer eine Abnahme von rund 200 Arbeiter, die in der vorhergehenden Woche, d. i. vor den Einstellungen der Abteilung Wasserbau, 300 bis 400 Arbeiter betragen haben mußte. Dies ist um so bedenklicher, als auch bei den übrigen städtischen Werken eine Reduzierung der Arbeiter vorgenommen wurde. So kamen bei der Straßenbahn rund 100 Streckenarbeiter zur Entlassung. Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den städtischen Gaswerken. Während in den Vorjahren in den Wintermonaten das ist die Zeit höchsten Gaskonsums und Holzverbrauchs — die Zahl der Arbeiter stark answoll und so einen Anstieg gegenüber den Einschränkungen der übrigen Betriebe brachte, hat sich im Winter 1913/14 eine ganz andere Entwicklung gezeigt. Zieht man die Laternenwärter ab, die als solche der Arbeitsordnung nicht unterliegen, so war der höchste Stand im Sommer 1911 etwa 700, der höchste Stand im Winter 1911/12 900; er fiel wieder im Sommer 1912 auf 680, im Winter 1912/13 ist er wieder auf 800 gestiegen und im Sommer 1913 ist er wieder auf 685 gesunken. Von da ab stieg die Kurve im Winter 1913/14 nur mehr auf 710. Gerade dadurch, daß die Gasanstalt um rund 150 bis 200 Arbeiter für die Winterarbeit weniger annahm — infolge des stummer Oberflusses — dürfte die große Zahl der arbeitslosen Gemeindearbeiter begründet sein.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1912

behandelt die „Statistische Beilage Nr. 2 des Correspondenzblattes“. Wir entnehmen daraus folgendes:

Das Kaiserliche Statistische Amt betont wiederum, daß ohne die freiwillige, eifrige Mitarbeit der das Material liefernden Stellen, insbesondere der Arbeitnehmerverbände, das Ergebnis der Statistik nicht hätte herbeigeführt werden können. Von Arbeitnehmerseite wurde über 12 437 Tarifverträge berichtet, von Arbeitgeberseite nur über 836. Die Statistik mußte daher wie früher im wesentlichen auf den Einmeldungen der Arbeitnehmerverbände aufbauen werden. Die Mitteilungen von Arbeitgeberseite und die von den Gewerbegerichten eingereichten Tarifverträge wurden zur Kontrolle und Ergänzung des Arbeitnehmermaterials benutzt. Das Kaiserliche Statistische Amt erkennt an, daß die Angaben bei den Nachweisungen der Arbeitnehmerverbände im allgemeinen sorgfältig und erschöpfend waren, und die Ausfüllung eine derartig sorgfältige gewesen sei, daß das Material einen recht zuverlässigen Boden für die Bearbeitung geboten habe. Dieses den Verbänden ausgestellte gute Zeugnis beweist wiederum, daß ohne sie, die hauptsächlich die Träger der Tarifverträge sind, die Statistik nicht durchzuführen wäre.

In der Statistik ist als Tarifvertrag jede Vereinbarung zwischen Arbeitgebern auf der einen und Arbeitnehmern auf der anderen Seite über Lohn- und Arbeitsbedingungen langfristig zu schließender Arbeitsverträge gezählt, wobei auf Arbeitnehmerseite eine Mehrheit von Personen vorhanden sein muß. Diese Verträge können für einen oder mehrere Betriebe gelten. Da auch die gleichen Verträge mit mehreren Organisationen abgeschlossen werden können, sind Doppelzählungen nicht zu vermeiden. Nach Ausschließung dieser wird dann der Begriff „Tarifgemeinschaft“ angewandt.

Ein Vergleich der 1912 in Kraft getretenen Tarife mit den Zahlen der Vorjahre ergibt, daß in den Jahren 1905 bis 1912 folgende Tarifgemeinschaften in Kraft traten:

	Tarife	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
1905:	1973	40 068	386 816
1906:	2000	24 209	290 195
1910:	3756	73 204	735 800
1911:	3868	46 756	416 923
1912:	3826	37 634	382 350

Die amtliche Statistik zählt als organisiert alle Personen, die den berichtenden Verbänden angehören. Unter diesen sind neben den freien auch die christlichen Gewerkschaften sowie die örtlich ländlichen Gewerbevereine, ja, auch der Verband katholischer Arbeitervereine usw. Nach den Angaben dieser Verbände waren 1 110 802 ihrer Mitglieder tariflich gebunden. Da es sich hierbei nicht um Doppelzählungen handelt, müßte diese Zahl der Berechnung des Prozentverhältnisses zugrunde gelegt werden und es kamen dann über 93 Proz. Organisierte heraus. Es ist anzunehmen, daß das ungefähr der weltliche Prozentiaß ist. Nach unseren Berechnungen sind mehr als 1 Million freigezwergschaftlich organisierte Personen in Tarifbetrieben beschäftigt. Die freien Gewerkschaften hatten also 65,2 Proz. sämtlicher tariflich gebundenen Personen in ihren Verbänden organisiert.

Am Verteil bringt die amtliche Statistik Berechnungen über das Verhältnis der durch die Tarifgemeinschaften gebundenen Personen zu den überhaupt beschäftigten. Hierbei ist die Betriebsstatistik vom 12. Juni 1907 zugrunde gelegt. Am meisten sind die fotografischen Gewerbe mit 59,5 Proz. sämtlicher beschäftigten Personen tariflich gebunden. Beim Langgewerbe sind es 46,5, in der Holzindustrie 25,5, im Bekleidungs-gewerbe 26,2, in der Lederindustrie 22,6, im Verkehrsgewerbe 21,7, in der Papierindustrie 21,3, in der Gruppe Nahrungs- und Genussmittel 15,7 und in der Metallbearbeitungs- und Maschinenindustrie 12,1 Proz. Sonst bleiben die Prozentzahlen unter 9. Im Vergleich sind noch keine Tarifverträge vorhanden; die drei in der Gruppe Bergbau usw. gezählten Tarifgemeinschaften gelten für Torfabereien. Hier ist die Tariffrage ebenso wie in den anderen Berufsgruppen lediglich eine Machtfrage, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch diese Unternehmer dem Tarifgebunden Tribut zollen müssen. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft, in die erst wenige Tarife eingetragen sind. Von den in der Gruppe Landwirtschaft usw. gezählten 124 tariflich gebundenen Personen sind nur 68 landwirtschaftliche Arbeiter, 134 Lohnarbeiter, 184 Koch-, Land- und Gartenarbeiter, die übrigen Gutsverwalter und in der Viehwirtschaft: Wirtschafter. Auch in der chemischen Industrie hat der Tarifgebundene erst wenig Eingang gefunden. Hier sind hauptsächlich Betriebe, die bis zu 300 Personen beschäftigten, tariflich gebunden. Wes-

hältnismäßig noch geringer ist die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Textilindustrie, im Handels- und Reinigungs-gewerbe sowie in den Gruppen Gast- und Schenkwirtschaft und Musik, Theater, Schaustellungen. Von sämtlichen beschäftigten Schiffen und Arbeitern außer Verwaltungs-, Montor- und Personalpersonal werden kaum ein Sechstel, von den männlichen Arbeitern etwa ein Fünftel durch Tarifverträge unmittelbar gebunden sein.

Vergleiche der deutschen Tarifstatistik mit der Statistik anderer Länder ergeben, daß in Großbritannien 1910 2.400.000 Arbeiter tariflich gebunden waren; das sind 825.715 Personen mehr als in Deutschland 1912. Davon kommen im ersteren Lande allein 900.000 Personen auf die Gruppe Bergbau und Steinbrüche, ein Beweis dafür, daß die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses im Bergbau sehr wohl möglich ist. Auch das Verkehrsgewerbe und die Textilindustrie umfassen in Großbritannien bedeutend mehr Personen als in Deutschland; im ersteren waren es 500.000, im letzteren 400.000. Im Verkehrsgewerbe Großbritanniens bestehen Tarifverträge vornehmlich in den privaten Eisenbahnbetrieben. Dagegen hat in Deutschland das Baugewerbe bedeutend mehr tariflich gebundene Personen aufzuweisen, 598.273 gegen 200.000 in Großbritannien; desgleichen ist im Bekleidungs-gewerbe in Deutschland die Zahl bedeutend höher: 139.767 gegen 50.000 in Großbritannien. Eine weitere Bestandsstatistik liegt nur von Schweden vor, wo am 1. Januar 1912 229.792 in Tarifbetrieben beschäftigte Arbeiter gezählt wurden, unter diesen im Bergbau 4144 Personen in 10 Betrieben. Nach die chemische Industrie weist in Schweden eine absolut höhere Zahl auf, nämlich 6145 Personen gegen 5814 in Deutschland.

1910 waren die freien Gewerkschaften in Deutschland an 7196 Betrieben für 127.598 Betriebe mit 1.065.684 beschäftigten Personen beteiligt, 1912 an 10.920 Betrieben für 149.678 Betriebe mit 1.420.666 beschäftigten Personen. Doppelzählungen beeinflussen die Vergleichsmöglichkeit dieser Zahlen. Da am Ende des Jahres 1912 1237 Tarifgemeinschaften bestanden, sind aber wohl angenommen werden, daß nur wenige ohne Mitbeteiligung unserer Verbände zustande gekommen sind. Die meisten 1912 in Kraft getretenen Tarife, an denen unsere Verbände beteiligt sind, kamen auf friedlichem Wege zustande. Von 3821 Tarifen, über die Angaben gemacht sind, wurden 3037 = 79,5 Proz. friedlich, 690 = 18,1 Proz. infolge Streiks oder Ausperrungen und 14 = 2,4 Proz. teilweise friedlich, teilweise infolge Streiks oder Ausperrungen abgeschlossen. Bei den 36.254 Betrieben sind die entsprechenden Prozentzahlen 74,5, 16,7 und 8,8, bei den 372.012 beschäftigten Personen 78,7, 14,7 und 6,8.

Vertragsschließende sind auf Arbeitnehmerseite fast stets Verbände. Nur drei Tarifgemeinschaften machen hiervon eine Ausnahme. Die meisten Tarife sind von Verbänden nur auf Arbeitnehmer abgeschlossen worden, nämlich 7813 = 76,3 Proz. von zusammen 10.245 Tarifgemeinschaften, für die Angaben vorliegen; bei 2429 = 23,7 Proz. waren Verbände auf beiden Seiten die Vertragsschließenden. Daß die letzteren von größerer Wichtigkeit sind, ergibt sich daraus, daß 67,1 Proz. der Betriebe und 67,3 Proz. der beschäftigten Personen zu diesen Tarifgemeinschaften gehören. Die Tarifgemeinschaften, bei denen nur auf Arbeitnehmerseite ein Verband Vertragsschließender war, umfassen 34,8 Proz. der Betriebe und 32,4 Proz. der beschäftigten Personen, während die Verträge, bei denen nur auf Arbeitgeberseite ein Verband stand, nur für 0,1 Proz. der Betriebe und 0,3 Proz. der beschäftigten Personen Geltung hatten.

Der Geltungsbereich nach sind 72,7 Proz. Niermentarife, 12,9 Prozent Erntetarife, 14,3 Proz. Bezirkstarife und 0,1 Proz. Reichstarife. Der größte Teil der Tarifbetriebe entfällt auf die Bezirkstarife, die für 46,3 Proz. der Betriebe gelten. Die Erntetarife haben Wichtigkeit für 20,1 Proz. der Betriebe, die Niermentarife für 18,8 Proz. und die Reichstarife nur für 3,8 Proz. Von den 1.574.285 in Tarifbetrieben beschäftigten Personen kommen 50,2 Prozent auf Bezirkstarife, 26,6 Proz. auf Niermentarife, 1,8 Proz. auf Erntetarife und 21,4 Proz. auf Reichstarife.

Neun Gewerkschaften sind an sämtlichen 11 Reichstarifgemeinschaften beteiligt. 6 haben Geltung für das ganze Gewerbe, nämlich die Tarife der Schornsteinen und Aufzugsarbeiter, der Fernschreiber, der Buchdrucker, der Maschinisten, der Kleinrentner sowie der Buchdrucker. 3 weitere Reichstarife sind abgeschlossen für die Angestellten der Eisenbahnen, für die Lagerarbeiter, Kleinstbäcker, Montoren, Buchbinder, Stahlarbeiter und Arbeiterinnen der im Zentralverband deutscher Kaufmannsvereine vereinigten Kaufmannsvereine, desgleichen einer für Packer, Montoren, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Die übrigen zwei

Reichstarife sind von den Verbänden der Handlungsgehilfen und Bauarbeiter mit je einer Firma abgeschlossen, erstrecken jedoch ihre Wirksamkeit auf das ganze Reich. Es sind dies der mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufmannsvereine abgeschlossene Tarif für Kontoristen und Kontoristinnen sowie der mit der Firma Vereinigte Norddeutsche und Tessener Mischgur-Gesellschaft abgeschlossene Tarif für Isolierer und Helfer im Baugewerbe.

Die Einteilung der Tarifgemeinschaften nach Personen, für welche sie gelten, ergibt folgende Prozentverhältnisse:

Personen	Tarife in Proz.	Personen in Proz.	Personen	Tarife in Proz.	Personen in Proz.
bis 5	8,9	0,2	51-100	15,2	7,0
6-10	10,6	0,5	101-200	10,2	9,4
11-20	17,2	1,7	201-500	7,0	14,0
21-50	25,9	5,6	über 500	4,9	61,6

Hieraus ist zu ersehen, daß Tarifgemeinschaften, die nur für wenige Personen gelten, nur von geringer Bedeutung sind. Die Tarifgemeinschaften für über 100 Personen erstrecken ihre Wirksamkeit auf 85 Proz. der in Tarifbetrieben beschäftigten Personen.

Die größten tariflich gebundenen Betriebe sind in der Metallindustrie. Hier steht eine Stuttgarter Firma mit 4730 beschäftigten Personen an der Spitze; dann folgt eine Firma in München mit 3960 und fünf weitere Firmen mit 1479, 1290, 1200, 1175 und 1008 Personen. In der Papierindustrie sind die Höchstzahlen 2900 und 1118, in der chemischen Industrie 1757, im Handelsgewerbe 1510, in der Nahrungsmittelindustrie 1325 und in der Textilindustrie 1020 bei einer Firma beschäftigte Personen. Man sieht daraus, daß auch sehr große Betriebe unter den Tarifbetrieben sind. Alle Zahlen der durchschnittlich beschäftigten Personen sind Mindestzahlen; es können in den Betrieben weit mehr Personen beschäftigt sein, als durch den Tarif gebunden sind. Es darf sogar angenommen werden, daß dies durchschnittlich meistens zutrifft.

• Rus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 9. bis 13. März 1914.

Das Verhandlungsbild dieser Woche macht wieder einmal den Eindruck starker Zersplitterung.

Die ersten drei Beratungstage galten dem Haushaltplan unserer Kolonien. Will man aus den Debatten darüber einen leitenden Gedanken herausfassen, so ist es sicher der gewesen, daß die gegenwärtig wichtigste Aufgabe in den deutschen Kolonien die Pflege und Kulturrentwicklung der eingeborenen Bevölkerung ist. Noch vor einem halben Tausend Jahren lang es ganz anders. Damals, als der Eroberer alle Gemüter aufregte, galt es vielmehr als Evangelium, daß die Kolonien den Weissen, den Deutschen gehören müßten, und daß die Eingeborenen nur eine Nebenrolle seien, die man bis zu einem gewissen Grade selbst ausrätten dürfe oder gar müsse. Demgegenüber verfochten schon damals die Sozialdemokraten die Sache der Eingeborenen, und erlitten um deswillen ja auch bei den Reichstagswahlen 1907 eine gewisse Niederlage. Heute stehen sie mit ihrer Kolonialpolitik gerechtfertigt da. Allerdings, auch heute werden ihre Forderungen zum Nutzen der Eingeborenen durch die bürgerlichen Parteien nicht geteilt; diese wollen noch heute den Weissen mindestens den Vorrang über alle farbigen wahren, während wir Sozialdemokraten auch hier völlige Gleichberechtigung alles dessen, was Menschlichkeit trägt, fordern. Aber auch die Bürgerlichen geben heute zu, daß auch das Wohl und der Augen der Weissen stark von einer sozial richtig geforderten, gefunden und kräftigen Eingeborenenbevölkerung abhängig ist. Von dem gegenwärtigen Kolonialstaatssekretär aber kann man mit Freude konstatieren, daß er den ehrliehen Willen zeigt, das Los der farbigen möglichst zu heben, wie überhaupt dieser Herr, Dr. Solf mit Namen, im Gegenstand zu manchen anderen Staatssekretären, einen überaus sympathischen Eindruck macht.

Am vierten Tage wurde die Kolonialdebatte abgeschlossen und zwei neue Gesetzentwürfe in erster Lesung beraten: einer der Bürgerschaftshypotheken an zweiter Stelle für gemeinnützige Baugenossenschaften, die Kleinwohnungsbaubetriebe, mit Reichshilfe einführen will; und ein zweiter. Der Name eines Luftverkehrsgesetzes trägt, und die Verhältnisse auf Flughäfen, den Luftverkehr, die Haftpflicht bei durch Luftverkehr entstandenen Schädigungen sowie die Lage des auf Flugzeugen beschäftigten Personals regeln soll. Beide Entwürfe enthalten manchen guten Gedanken neben allerbund Unvollständigheiten. Es wird die Aufgabe sein, in den Kommissionen jene weiter auszubauen, diese soweit als möglich auszumergen. Bei dem Kleinwohnungsbaubetrieb wird es sich insbesondere darum handeln, den Kreis der Baugenossenschaften, die an der neuen Wohlfahrt anderer Bürgerschaftshypotheken Anteil erhalten sollen, noch zu erweitern; bisher sollen davon nur solche Baugenossenschaften Vorteil haben, die Arbeiter und Beamte des Reichs unter ihren Mitgliedern

zählen. Beim Luftverkehrsgebot werden vor allem die Haftpflichtgrenze weiter ausgedehnt und die Schadbestimmungen für das Personal genau bestimmt werden müssen.

Am letzten Beratungstage der Woche stand wieder einmal eine Interpellation des Zentrums über den Duellunfall im Heere auf der Tagesordnung. Ihre Besprechung füllte den ganzen Tag aus und ging doch wie das Hornberger Schießen, d. h. also erfolglos, aus, anders wie meist die Schierei bei den Duellen selbst, zu Ende. Der Kriegsminister, der bei seinem diesmaligen Auftreten schon ganz andere Formen an den Tag legte, wie bei den Jäbener Debatten, erklärte, dafür eintreten zu wollen, daß der Rufung möglichst entgegenkäme; seine völlige Abschwärzung könne er dagegen nicht verbürgen. Das haben vor ihm schon andere Kriegsminister auch erklärt. Das Volk aber kann nur seinen Abscheu gegen dieses frivole Spiel mit Menschenleben in den angeleglich höchstschmerzlichen Gesellschaftskreisen zum Ausdruck bringen. In diesem Punkte sind die Arbeiter, die von ihnen so genau als Köhlinge und Wäde hingestellt werden, doch die besseren Menschen.

• Theaterarbeiter •

Wien. Die ständigen Klagen des Bühnenpersonals der Vereinigten Stadttheater über die trotz 10½-stündiger Arbeitszeit verlangte Mehrleistung, den späten Beginn der Mittagspause und zu kurze Nachtpause, haben einen Erfolg gehabt. Die Direktion hat, jedenfalls auf Veranlassung der städtischen Theaterkommission, an die sich die Arbeiterkommission schiedensmäßig wandte, eine Statistik über die in der Zeit vom 1. September 1913 bis 15. Januar 1914 geleistete Arbeitszeit aufgestellt, die anscheinend beweisen soll, daß es gar nicht so schlimm mit der Belastung der Bühnenarbeiter ist. Die Arbeiterkommission, der die Statistik in der letzten Kommissionsitzung vorgelegt, berichtete in der am 9. März stattgefundenen Versammlung der Bühnenarbeiter über die Verhandlungen mit der Direktion. Nach dem Bericht wurden im Opernhaus in der 12 Monate umfassenden Berichtszeit an 61 Tagen Heberstunden geleistet, wobei zu beachten ist, daß an 5, 6 und 7 Tagen hintereinander Heberarbeit verlangt wurde, also tagelang 12 bis 13 Stunden gearbeitet werden mußte. Im Schauspielhaus beschränkte sich die Heberarbeit auf 25 Tage in der Berichtszeit. Hier hat jedoch das Personal mehr wie im Opernhaus unter dem späten Beginn der Mittagspause zu leiden. Die Statistik ergibt, daß die Morgenarbeit zum Teil erst um 3, ja 4 Uhr, nach einer zusammenhängenden Arbeitszeit von über 8 Stunden, beendet wird. Bezüglich der Nachtpausen treffen gleichfalls die Klagen des Personals zu. Bei den körperlichen und geistigen Anstrengungen, die der Bühnendienst mit sich bringt, ist eine Nachtpause von 2 Stunden das Mindeste, was verlangt werden muß. Das gesamte statistische Material beweist, daß die seit Jahren geführten Klagen der Bühnenarbeiter vollauf berechtigt sind und die Heberleistung des Personals eine dauernde Erscheinung ist. Wenn auch die Direktion in der letzten Kommissionsitzung die Zusage gegeben hat, nach „Möglichkeit“ den Wünschen der Bühnenarbeiter nachzukommen, so wird mit dieser Zusage allein keine Besserung geschaffen. Dies beweist schon der Umstand, daß einige Tage nach der Kommissionsitzung eine Anzahl Arbeiter dem Bühnendienst entzogen und zur Werkstättenarbeit kommandiert wurden, was schließlich für das den Bühnendienst verbleibende Personal eine weitere Heberleistung bedeutet. Nach einer eingehenden Aussprache wurde folgende Resolution, die der Direktion unterbreitet werden soll, einstimmig angenommen: „Die am 9. März tagende Versammlung des technischen Personals nimmt Kenntnis von der Statistik über die geleistete Arbeitszeit vom 1. September 1913 bis 15. Januar 1914, die der Arbeiterkommission vorgelegt wurde. Die Versammlung bezeichnet es nach wie vor als einen Mißstand, wenn die an sich schon überlange Arbeitszeit durch Heberstunden, dabei oft tagelang hintereinander, auf 12 bis 13 Stunden ausgedehnt wird und erwartet, daß die Direktion bei absolut nicht zu umgehender Heberarbeit Vorkehrungen trifft, durch welche die täglich aufeinander folgende Heberarbeit vermieden wird. Die Versammlung erfindet an, daß im Opernhaus eine Einschränkung des späten Beginns der Mittagspause eingetreten ist. Dasselbe kann jedoch vom Schauspielhaus nicht gesagt werden, wo die Mittagspause oftmals erst um 3 oder nach 4 Uhr nach einer zusammenhängenden Arbeitszeit von 8 Stunden eintritt. Dies kann vermieden werden, wenn die Regie die Proben dezent einrichtet, daß sie um 2 Uhr beendet sind. Das Personal hat aus dem Bericht der Arbeiterkommission die Heberleistung gewonnen, daß sich die beanagelte kurze Nachtpause gleichfalls vermeiden läßt, wenn der Beginn der Arbeit am Morgen nach solchen Tagen, an denen die Arbeit erst um 11 Uhr oder nach 11 Uhr beendet ist, nicht vor 8 Uhr festgesetzt wird. Die Versammlung erwartet, daß die Direktion die der Arbeiterkommission gemachten Zusagen, für Einschränkung der Heberarbeit, die Nachtragsdehnung der Morgenarbeit um 2 Uhr und Verlängerung der Nachtpausen Sorge zu tragen, gehalten werden.“

• Aus unserer Bewegung •

Kaufkonferenz Augsburg. Die diesjährige Kaufkonferenz tagte am 8. März im Gasthaus zur Schillerlinde in Regensburg. Vertreter waren von 11 Filialen 10 mit 12 Delegierten. Kollege Karolke-Berlin vertrat den Verbandsvorstand. Gauleiter Weigl wies darauf hin, daß eine mindere Besichtigung der diesjährigen Konferenz zu verzeichnen ist, weil das Statut nur auf 100 Mitglieder einen Delegierten zuläßt. Die Zahl der Filialen ist von 13 auf 11 herabgesunken. Der Rückgang der Filialen ist durch Verschmelzung der Filialen Augsburg-Land mit Augsburg und Landsbat-Land mit Landsbat-Stadt erfolgt. Die buchmäßige Mitgliederzahl stieg von 693 auf 750. Diese Zahl kann uns nicht befriedigen. Zunahmen hatten folgende Filialen zu verzeichnen: Augsburg, Deggendorf, Ingolstadt, Mempten, Regensburg und Straubing, während die Filialen Landsbat, Kaufbeuren, Landsbat, Plattling und Regensburg II Abnahmen aufwiesen. Die Leitung der Filiale Regensburg II ging in die Hände der Kollegen in der Nachbarstadt Wöllersdorf über. Hier wie auch in Kaufbeuren ist wieder eine Aufwärtsentwicklung der Mitgliederzahl bemerkbar. Zur Laufe der zweijährigen Berichtszeit wurden 426 Versammlungen im Gau abgehalten. Neu setzte die Agitation ein in Lindau, Nördlingen, Vöhrburg, Passau, Kloster Lechfeld, Sonthofen und Memmingen. In letzterer Stadt konnten mehrere Mitglieder gewonnen werden, die aber leider bald wieder verloren gingen. In den anderen vorgenannten Städten bereitete aber die Furcht der Kollegen vor Maßregeln bis jetzt jeden Erfolg. Dasselbe gilt von den Militärarbeitern im allgemeinen. Im Kloster Lechfeld erhielten wir nur ein einziges Mal ein Versammlungstotal, und dazu in einem ganz abgelegenen Dorfe. Die Gewinne fürchten überall den Militärposten. Besondere Tätigkeit erforderte die praktischen Wasserbauarbeiter. Die große Mutation liegt in der Luftständigkeit dieser Arbeiter. Diese Gruppe beansprucht daher eine viel intensivere Agitation als die Arbeiter der städtischen Betriebe. Die arge Bedrängung der Ausgangszeit des Personals der Kreisvereinsanstalten bereitet der Agitation große Schwierigkeiten. Ueber die Lohnbewegungen ist zu berichten, daß insgesamt 110 Anträge in 47 Petitionen eingereicht wurden. Hierbei sind die für die staatlichen Arbeiter im bayerischen Landtag nicht mit eingerechnet. Persönliche Vorstellungen waren 39 notwendig. Arbeitsordnungen wurden erreicht in Ingolstadt, Straubing und Regensburg; Lohnerhöhungen in Regensburg, Deggendorf, Plattling, Ingolstadt, Mempten, Augsburg und Landsbat. In den Heil- und Pflegeanstalten Kaufbeuren-Grise, Regensburg-Wöllershof wurden gleichfalls Verbesserungen erzielt. Flugblätter wurden in 9 verschiedenen Arten verteilt. Können diese wenigen Erfolge alle Kollegen anzuregen zu neuer Tätigkeit für die Organisation. Die Diskussion wurde reichlich geführt. Ein Antrag, den Sitz des Gaus nach Regensburg zu verlegen, wurde abgelehnt. Ueber die Statutenänderung auf dem bevorstehenden Verbandstag sprach Kollege Karolke. Er hob hervor, daß eine Beitrags-erhöhung nicht vorgeschien ist und deshalb auch von allen Anträgen auf Erweiterung der Unterkütungen abgesehen werden möchte. Kollege Karolke hielt dann einen Vortrag über: „Die Stellung unseres Verbandes innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, der mit Beifall aufgenommen wurde. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Weigl wurde die Konferenz nachmittags 5 Uhr geschlossen.

Perachdorf-Samburg. Die Distriktsversammlung am 28. Februar nahm den Jahresbericht entgegen. Absichtig wurde der Fortschritt des vergangenen Jahres anerkannt. Auch die staatlichen Betriebe in Perachdorf haben hierbei ihren Anteil gehabt. Der von 2. erhaltene Sachbericht sowie der Vorschlag des laufenden Jahres wurde von den Versammelten genehmigt. Die alte Distriktsleitung wurde wiedergewählt. Die Versammlung beabsichtigte sich außerdem mit der Agitation unter den Stadtarbeitern und billigte die von der Distriktsleitung vorgeschlagenen Maßnahmen. Danach soll am 28. März eine allgemeine Agitationsversammlung stattfinden, um diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Postel Noel. In der Distriktsversammlung am 8. März nahmen die Versammelten den Jahresbericht 1913 entgegen. Anschließend daran behandelte der Kollege Kiedel die bevorstehenden Wahlen zur Betriebskommission und ersuchte um vollständige Beteiligung. Die Versammlung beabsichtigte sich noch mit der Versorgungsfrage und gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß es endlich an der Zeit wäre, auch für die Hinterbliebenen der hantwärtigen Staatsarbeiter eine Versorgung zu schaffen. Eine Stellungnahme zur Wahl des Betriebsausschusses wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nachts schied man das Verbalten kritisiert, das man jetzt erkrankten Kollegen gegenüber annimmt. Danach wurde ein gewisser Grad auf die Erkrankten ausgedehnt, sich selbst wieder als erwerbsfähig zu fühlen, um nicht in ihrem Arbeitsverhältnis Schaden zu erleiden. Als unerklärlich erscheint es, wie man solche Annahmen den Erkrankten gegenüber zur Anwendung bringen könne.

Guznaven. Die Distriktsversammlung am 7. März beabsichtigte sich mit dem bevorstehenden Verbandstag. Nach einem ein-

gehenden Referat des Kollegen **Miedel** nahm die Versammlung Stellung zum Vorschlag eines Delegierten zum Verbandstage. Der Vorsitzende ersuchte nach der Kommunikation die Kollegen, am Wahltag vollständig das Wahlrecht auszuüben, damit der Distrikt Cuxhaven einen Delegierten zum Verbandstag entsende. Sodann befaßte sich die Versammlung mit der bevorstehenden Wahl zum Ausschuss der Betriebskrankenkasse. Anscheinend habe man es nicht gern gesehen, daß auch die Arbeiter mit einer Vorschlagsliste gekommen seien; man habe wohl von der Maschinenverwaltung den alten Zustand wieder herbeigewünscht. Um so mehr ist es nun Aufgabe der Arbeiter am Wahltag, den 26. März, vollständig zur Wahl zu erscheinen und die Liste der Arbeiter zu wählen. Unter Arbeitsbedingungen wurden einer Anzahl Missetände Erwähnung getan, woraus zu ersehen ist, daß man von den Verwaltungen bzw. den unteren Beamten recht eigenartige Praktiken den Arbeitern gegenüber zur Anwendung bringt. Diese Angelegenheiten sollen in einer späteren Versammlung noch des näheren behandelt werden.

Hintenwälder. Die Distriktsversammlung wurde bei Kämpfer am 25. Februar abgehalten. **Heile** - Hamburg gab einen Überblick auf die Vorgänge und Ergebnisse des verfloßenen Jahres. Dann besprach die Versammlung die bevorstehenden Wahlen der Ausschuss- und Vorstandsvorleiter der Betriebskrankenkasse. Der Bericht des Arbeiterausschusses brachte nichts wesentliches. Unklarheit scheint bei einigen Verwaltungsergebnissen der Baggerei betreffs Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen zu herrschen. Möglichen Weise die neuerdings eingetretene Veränderung in der Beförderung der auf Hinterwälder wohnenden Baggerarbeiter aus. Die Versammlung konnte besser besucht sein.

Frankfurt a. M. Am 6. März tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege **Schneider** referierte über die Aufgaben des Verbandstages. Es wurden verschiedene Anträge beschlossen, welche dem Verbandstage überwiesen werden sollen. Ferner beschloß die Versammlung, zu der am 5. April in Gießen tagenden Gaukonferenz fünf Delegierte zu entsenden. Als Wahltag wurde der 6. April festgesetzt, die verschiedenen Wahllokale sollen den Kollegen rechtzeitig bekannt gegeben werden. Mit der Aufforderung, von dem Wahlrecht vollständig Gebrauch zu machen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Görlitz. Unsere am 7. März tagende Mitglieder-Versammlung befaßte sich mit der am 22. März stattfindenden Gaukonferenz. Als Delegierter wurde Kollege **Prose** bestimmt. Die Delegiertenwahl zum Verbandstag findet am 4. und 5. April in der „Union“ statt, und zwar am ersten Tage von 8 bis 10 Uhr abends, am zweiten Tage von 10 bis 1 Uhr mittags. Dem **Kariell** berichtet ist zu entnehmen, daß auch die „Vollstuforg“ in Görlitz gute Fortschritte macht. Es sind bis Ende Januar 266 Anträge eingegangen mit einer Versicherungsprämie von 89.600 M. Ferner wurde wieder auf die Hausagitation hingewiesen. Wenn in diesem Sinne weitergearbeitet wird, werden wir auch in Görlitz vorwärts kommen.

Hamburg. Die Jahresversammlung fand am 6. März statt. Den Geschäftsbericht gab **Heile**. Den Fortschritt der Arbeit im Jahre 1913, der aus der Mitgliederzunahme und Stärkung der Lokalkasse erkennbar ist, mindert bis zu einem gewissen Grade die noch nicht genügende Agitations- und Aufklärungsarbeit. Die Mitglieder wählen Vorstand und Geschäftsleitung nicht nur bei Gewinnern neuer, sondern auch in der Aufklärung bereits gewonnener Mitglieder besser unterstützen. Beschlüsse der Mitglieder-Versammlung, wie z. B. die Entnahme von Markanten, erfordern strikte Beachtung und Erfüllung. Der Einführung des **Reinigungstages** in den hamburgischen Staatsbetrieben haben sich auf das gleiche abzielende Bestrebungen der Altonaer städtischen Arbeiter angeschlossen. Die Urlaubsbestimmungen Altonas sind insofern verbessert worden, daß nimmere von 1 bis 3 Jahren drei Tage, von 3 bis 6 Jahren sechs Tage, von 6 bis 9 Jahren acht Tage und (neu) nach 9 Jahren zehn Tage Urlaub festgesetzt wurden. Hamburg gehörte auf den alten Bestimmungen, wonach nach drei Jahren drei Tage und nach 6 Jahren sechs Tage Erholungsurlaub gegeben werden. Wandsbek hat für die dort beschäftigten städtischen Arbeiter neben einer fortschrittlichen Lohnregulierung, Weiterzahlung des Lohnes bei Krankheit und unverschuldeten Fernreisen und Ruhelohn nebst Hinterbliebenenunterstützung eingeführt. Hamburg blieb radschlagig. Gegen Schluß des vergangenen Jahres erneuerten die hamburgischen Staatsarbeiter ihre Bemühungen zur Erreichung zeitgemäßer Löhre in Altona und für ihre Hinterbliebenen. Der **Stammbericht** zeigte die Mäßigkeit unserer Einführer bei Gewinnung von Abschlüssen für die „Vollstuforg“. Bis Jahreschluß wurden 257 Abschlüsse erzielt. Die Diskussion brachte Anregungen für bessere Agitation. Unsere Zählung und öftere Besprechungen der Geschäftsleitung mit Betriebsleitern und Ausschussmitgliedern werde wachen Vorteil bringen. **Verständliche** Agitation, Plakate und Hausagitation in Städten liefern weitere Vermehrung der Mitgliederzahl. Vortrag über allgemeine Angelegenheiten der Arbeiterwelt wurden bei lebendigen Neben den Besprechungen zum Zwecke der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Eine Verbesserung des jetzigen **Entlassensystems** konnte ebenfalls in Erwägung gezogen werden.

Die beantragte Vergrößerung des **Ausschusses** wurde die Versammlung ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde **Schönberg**, zum zweiten **Heile**, zum **Stellvertreter** **Winkel** wiedergewählt. Die **Beitrag** **W. Sch.** **D.** wurden gleichfalls wieder, **Miedel** als Schriftführer und **S.** und **B.** als **Beitrag** neugewählt. Die nächste regelmäßige Mitglieder-Versammlung findet am 18. März statt.

Hannover. Am 5. Februar fand im Gewerkschaftsbaue unsere Mitglieder-Versammlung statt. Kollege **Reißner** sprach über: „Unser Agitationsgebiet, und wie treiben wir am besten Agitation“. Alsdann wurde die Wahl der Delegierten zur **Gaukonferenz** vorgenommen. Eine Kommission soll bei der **Direktion** vorstellig werden, um das Resultat unserer Forderungen einzubohlen. — In der Versammlung am 8. März wurde die **Statutenvorlage** des **Verbandsvorstandes** besprochen und einige Änderungen vorgenommen. Zum Schluß wurden die **Kandidaten** zum **Verbandstag** gewählt.

Königsberg. Die gutbesuchte **Generalversammlung** am 5. März nahm Stellung zum **Verbandstag**. Zwei **Anträge** wurden angenommen und zwei **Kandidaten** aufgestellt. Die Kollegen **Ludwig** **Kuntau** und **Gustav** **Hord**, die während des Streiks bei der **Stroh** **Importgesellschaft** **Streitarbeiter** geleistet haben, wurden aus dem **Verbande** ausgeschlossen.

Lübeck. Am 6. März fand unsere **Monatsversammlung** statt. Zum **Verbandstag** wurden zwei **Kandidaten** aufgestellt. Die **Wahl** findet am 6. April, abends von 8-10 Uhr, in sechs hierzu bestimmten **Wahllokalen** statt. Alsdann wurden die Kollegen **Bremer**, **Wothmann** und **Prockmann** als **Delegierte** zur **Gaukonferenz** am 12. April (ersten Osterfeiertag) in **Moskau** gewählt. Unter **Verschiedenes** wurde das günstige Resultat der **Wahl** der **Beitrag** zur **Betriebskrankenkasse** der **Bauagitation** bekanntgegeben. **Trotz** der **energischen** **Gegenagitation** erzielten wir **sieben** **Zeig**, während den **Gegnern** nur 3 **Zeig** zuzufallen.

Mittweida. In unserer **Mitglieder-Versammlung** vom 21. März referierte Kollege **Freiherr** **Dresden** über: „**Militär** und **Streikervereine** und die **Gewerkschaften**“. Zur **Gaukonferenz** nach **Dresden** wurde Kollege **Schiller** delegiert. Der **Vorstand** erbielt dann den **Auftrag**, die **Vorbereitungen** zu einem **Vergnügen** zu treffen.

Nürnberg. Am 6. März fand eine **stark** **besuchte** **Versammlung** **städtischer** **Arbeiter** statt, die **wirklichen** **Protest** **entlegte** **gegen** die **Art**, wie im **Mathause** **Arbeiterfragen** erledigt werden. **Gauleiter** **Chret** referierte. Man **beleid** **ich** im **vorigen** **Jahre** in einer **ähnlichen** **Situation** als **jetzt**, **immerhin** wurde **damals** eine **Meinung** **erreicht**, man **rundete** die **Feuerungszulage** **nach** **unten** **ab** und **verwandelte** sie in eine **Lohnzulage**, und **erreichte** **nach** **einiger** **Witze** die **Verzählung** der **Wohndienstverträge**. **Tamals** **hieß** **es**, die **Arbeiter** **mögen** **beide** **Arten** **aufrechten**. **Dies** **hat** **man** **in** **diesem** **Jahre** **bedauert**, **aber** **man** **ist** **nach** **schlechter** **dabei** **gefahren**. **Am** **Erste** **kann** **man** **im** **Mathause** **die** **Kostage** **der** **Arbeiter** **gar** **nicht** **bestimmen**, **man** **hat** **keine** **übergeordneten** **Gründe**, **um** **die** **Veränderung** **der** **Forderungen** **der** **städtischen** **Arbeiter** **zu** **entkräften**. **Was** **gegen** **die** **bestehende** **Lohnerhöhung**, **gegen** **die** **Verkürzung** **der** **Arbeitszeit**, **gegen** **die** **Verzählung** **der** **Arbeitszeit** **eingemeldet** **wurde**, **waren** **nur** **Schöngründe**. **Es** **war** **den** **Herren** **im** **Mathause** **nicht** **möglich**, **ernstlich** **nachzuweisen**, **daß** **die** **Forderungen** **der** **städtischen** **Arbeiter** **unbegründet** **seien**. **Aber** **man** **ist** **um** **eine** **gute** **Ausrede**, **wenn** **es** **sich** **um** **Wünsche** **der** **Arbeiter** **handelt**, **nie** **verlegen**. **Man** **beruft** **sich** **auf** **das** **große** **Loch** **im** **Stadtsäckel** **und** **sagt**: **es** **geht** **nicht**. **Aber** **was** **können** **die** **städtischen** **Arbeiter** **dafür**, **daß** **im** **Mathause** **unter** **der** **Aera** **Schub** **eine** **schlechte** **Amortisation** **getrieben** **wurde**. **Die** **städtischen** **Arbeiter** **sind** **es**, **die** **die** **Heberdienste** **in** **den** **städtischen** **Betrieben**, **die** **im** **letzten** **Jahre** **3** **Millionen** **Vertragen**, **erarbeiteten**. **Die** **Verkürzung** **der** **Arbeitszeit** **auf** **8** **Stunden** **in** **den** **kontinuierlichen** **Betrieben** **und** **auf** **9** **Stunden** **für** **die** **Augenarbeiter** **ist** **eine** **Notwendigkeit**. **Während** **man** **bei** **den** **Arbeitern** **spart**, **sollen** **im** **neuen** **Etat**, **obwohl** **dies** **bestritten** **wird**, **23** **neue** **Beamtensstellen** **gefordert** **sein**. **Der** **Redner** **zeigt** **dann**, **daß** **die** **Verkürzung** **der** **Arbeitszeit** **höchstens** **den** **dritten** **Teil** **der** **Kosten** **erfordern**, **die** **im** **Mathause** **irrtümlicherweise** **über** **um** **Stimmung** **zu** **machen**, **als** **notwendig** **bekannt** **worden** **seien**. **Die** **Verzählung** **der** **Verrechnungsbeiträge** **durch** **die** **Stadt** **ist** **für** **einige** **Sparten** **ein** **direkter** **Zusatz**, **so** **für** **die** **Straßenbahn**. **Die** **Stadt** **spart** **durch** **die** **besseren** **Leistungen** **der** **Krisenkrankenkasse** **pro** **Jahr** **mindestens** **20.000** **M.** **Die** **Stadtverwaltung** **Nürnberg**, **resp.** **die** **bürgerliche** **Meinung** **hat** **nicht** **so** **viel** **sozialpolitische** **Einblick**, **als** **früher** **die** **private** **Straßenbahngesellschaft** **hatte**, **die** **die** **Verrechnungsbeiträge** **bezahlte**. **Die** **städtischen** **Betriebe** **sind** **keine** **Musterbetriebe**. **Verkürzung** **der** **Arbeitszeit**, **angemessene** **Löhne** **besorgen**, **daß** **die** **Arbeiter** **länger** **arbeitsfähig** **sein** **würden**. **Dies** **läge** **doch** **im** **Interesse** **der** **Stadt** **selbst**. **Der** **Redner** **verweist** **dann** **einen** **Brief**, **den** **Kollege** **Solke** **erhielt**, **der** **mit** **A. Bergold**, **Schlöffer** **bei** **Schubert** **unterzeichnet** **ist**. **Der** **Brief** **zeigt** **die** **Art**, **wie** **man** **in** **gewissen** **Arten** **die** **städtischen** **Arbeiter** **verleumert**. **Zunehmende** **gerne**: **Der** **Brief** **ist** **nicht** **von** **einem** **Arbeiter**, **sondern** **von** **einem** **Mittelständler**. **Im** **Brief** **heißt** **es** **u. a.**: **Wenn** **Sie** **nach** **einem** **Auflauf** **von** **Charakter** **haben**, **wenn** **Sie** **nicht** **in** **üblicher** **Weise** **und** **boshaft** **hören** **wollen**, **wenn** **Sie** **noch** **etwas** **von** **Gewissen** **haben**, **dann** **müssen** **Sie** **doch** **fest** **sagen**, **daß** **die** **städtischen** **Ar-**

beiter und Angestellten die bestbezahlten und am besten versorgten Leute sind." Es ist dann von dem „sorgenfreien Dasein“ der städtischen Arbeiter die Rede, daß sie „doch nur sehr wenig arbeiten, sondern höchstens 6 bis 7 Stunden herumlungern“. Am Schluß heißt es: „Die städtischen Arbeiter erhalten Feuererzeugnisse, und trotzdem erfrecht man sich, immer noch mehr herauszuquetschen“. „Saben Sie denn überhaupt ein Gewissen? Schämten Sie sich, Sie Ausbeuter und Heber.“ Der Redner konnte vor lauter Zurufen „Mittelständler! Mittelständler!“ kaum weiterreden. Er forderte die Versammlung unter heftigen Zustimmungsrufen auf, die Organisation zu stärken. — In der Diskussion gaben einige der Redner ergreifende Bilder von der Not solcher Arbeiter, die eine zahlreiche Familie haben. Einer schilderte an Beispielen, wie armseelig es mit der „Versorgung“ arbeitsunfähiger städtischer Arbeiter bestellt ist. Ein anderer wünschte, daß die Verwaltung des Gemeindearbeiterverbandes Flugblätter verbreiten lassen soll, in denen die mittelständlerischen Unwahrheiten über die angeblich günstige Lage der städtischen Arbeiter widerlegt werden. „Wenn Prinzen kommen, hat die Stadt Geld, für ihre Arbeiter hat sie keines!“ rief empört ein anderer. Interessant waren die Darlegungen eines Straßenbahnarbeiters, er sagte u. a.: Die Privatarbeiter würden sich nie so viel gefallen lassen als die städtischen Arbeiter. Die Arbeitszeit dauert nach wie vor bis 127 Uhr, nur Samstags, wo zahlreiche Privatbetriebe den Nachmittag ganz frei haben, ist um 12 Uhr Feierabend. Früher bei 10stündiger Arbeitszeit war um 5 Uhr Schluß. Der 9½ Stundentag, der formell besteht, wird künstlich durch das Wandern mit den Vesperpausen verlängert. Die Stadt hatte es selber bei den Straßenbahnarbeitern so gehalten, wie bei der Privatgesellschaft, der früher die Straßenbahn gehörte und die Krankenkassenbeiträge nicht vom Lohn abzog. Jetzt zieht man die Beiträge ab. Nicht nur das, auch die freie ärztliche Behandlung der Frau und der Kinder kommt jetzt in Wegfall. Früher war man in fünf Jahren pensionsberechtigt, jetzt im zehnten. Verschlechterungen, Enttäuschungen allenthalben. Zum Schluß erfolgte einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heute, 6. März 1914, im Saale der „Goldenen Rose“ sehr zahlreich versammelten städtischen Arbeiter nehmen mit größtem Befremden Kenntnis von den Ausführungen des Referenten, die dahin gehen, daß — von geringen Ausnahmen abgesehen — ihre Anträge bei der Mehrheit des Stadtmagistrats kein Entgegenkommen gefunden haben. Die Versammelten hätten sicher erwartet, daß vom Stadtmagistrat ihre seit Jahren beantragte 9- bzw. 10stündige Arbeitszeit als berechtigt anerkannt und deren Einführung angedordnet worden wäre. Ebenso sicher hätten sie erwartet, daß, nachdem die Stadt durch die Mehrleistungen der neuen Erstkrankenkasse jährlich circa 20 000 Mk. an Differenzbeträgen spart, ihnen die vollen Beiträge zur Erstkrankenkasse gezahlt werden. Sie erwarten nunmehr, daß der Stadtmagistrat die Einführung des 9- bzw. 10stündigen Arbeitstages in Kürze in die Wege leitet und mindestens doch noch in diesem Jahre die ganzen Beiträge zur Erstkrankenkasse übernimmt. Um ihren Wünschen besser Geltung zu verschaffen, geloben die Versammelten, mit allem Eifer an dem Ausbau einer lückenlosen Organisation mitzuwirken, weil sie in dieser ihre beste Interessenvertretung erblicken. Die Versammelten beauftragen das Bureau der heutigen Versammlung, obige Entscheidung an den Stadtmagistrat weiter zu leiten.“

Regensburg. In der gut besuchten Versammlung am 7. März sprach Kollege Karole Perlin über: „Die Nachsichten der Arbeiterklasse“, während sich Kollege Weigl über die Ausichten der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter und Bediensteten verbreitete. Gem. Rev. Wunderlich (Zög.) wies in der Diskussion auf die Schwerhörigkeit der städtischen Kollegen gerade bei Arbeiterfragen hin. Nicht einmal eine Feuererzeugnisse wolle man den städtischen Arbeitern und Bediensteten gewähren. Redner erläuterte des weiteren seine Haltung in Arbeiterfragen. Es sei bedauerlich, daß die den Arbeitern wohlgesinnten Vertreter im Gemeinderat sehr gering sind. Wüsste doch nahezu um die fünf Unterabteilungen, die zur Unterfertigung eines Antrages notwendig sind, gebettelt werden. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die am Samstag, den 7. März, im Restaurant Thomaskeller tagende gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Bediensteten Regensburgs bedauert auf das Tiefste, daß seitens der verehrlichen städtischen Kollegen die Verbesserungsanträge der Arbeiterausschüsse so wenig Berücksichtigung fanden. Die für 1914 in Aussicht gestellte Lohnaufbesserung ist keineswegs geeignet, einen Ausgleich der schon längst eingetretene Feuererzeugung zu erwirken. Seit Jahren hat man die auf Lohnaufbesserung zielenden Anträge der Arbeiter abgelehnt. Bei der Neuordnung der Arbeitsordnung wurde eine Lohnaufbesserung in ganz mäßiger Weise gewährt. Die einmalig gewährte Feuererzeugnisse vermöge es nicht zu retten, daß die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter noch im argen liegen. Die Versammelten haben sich daher veranlaßt, an der Abänderung der jetzigen verschiedenen Lohnstufen in eine allgemeine Lohnstufe der städtischen Arbeiter, mit entsprechender Lohnaufbesserung festzuhalten. Die Versammelten verpflichten sich daher im wirtschaftlichen Kampfe nicht zu erlahmen, bis 1. für die städtischen Arbeiter und Bediensteten auskömmliche Löhne geschafften; 2. eine moderne Verjor-

gungskasse errichtet; 3. die soziale Fürsorge im weiteren Maße als bisher gepflogen wird. Bezüglich der sozialen Einrichtungen erwarten die Versammelten in der Differenzbezahlung zwischen Lohn und Krankengeld, Bezahlung der Wochenfeiertage, Erweiterung des Urlaubes, Bezahlung der Heberarbeit mit entsprechend höherem Prozentsatz usw., mehr Entgegenkommen. Die Versammelten verpflichten sich daher, auch im kommenden Herbst mit aller Kraft für ihre Forderungen einzutreten.“

Mosk. Eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat nunmehr stattgefunden. Beim Gaswerk ist der Lohn durchweg um 3 Pf. pro Stunde oder 30 Pf. pro Tag seit dem 1. Februar erhöht. Demnach beträgt der Tagelohn für Oberheizer 5,50 Mk., früher 5,20 Mk., für Heizer 4,90 Mk., früher 4,60 Mk., für Schlosser und Helfer ist der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht und bewegt sich zwischen 40 und 52 Pf. pro Stunde. Hofarbeiter erhalten 30, 41 und 43 Pf. pro Stunde. Der Lohn der Laternenwärter beträgt pro Monat: Anfangslohn 97 Mk., nach einem halben Jahre 102 Mk., nach einem Jahre 107 Mk., nach drei Jahren 112 Mk., nach fünf Jahren Höchstlohn 117 Mk. Dieses Gehalt kommt nur für zwei Mann in Betracht, die übrigen erhalten einen Wochenlohn von 14 Mk., früher 13,30 Mk. Das ist eine Zulage von ganzen 70 Pf. pro Woche! — Auf dem Schlachthof und der Quarantäne ist der Lohn folgendermaßen geregelt: Der Tagelohn betrug 3,70 Mk., 3,50 Mk. und 3,90 Mk. Die neue Staffellung ist 4,15 Mk., 4,25 Mk. und 4,35 Mk. pro Tag. — Beim Stadtbauamt, Abt. II und III und in der Stadtgärtnerei ist neuerdings auch Tagelohn eingeführt. Der Tagelohn beträgt für vollwertige Arbeit 4,10 Mk. für neun Monate und 3,10 Mk. für drei Monate. Für Vorarbeiter und Mannen werden für neun Monate 4,30 Mk., 4,50 Mk. und 4,50 Mk., und für drei Monate 3,30 Mk., 3,50 Mk. und 3,50 Mk. pro Tag gezahlt. Die Steinheuer und Zimmerer erhalten für neun Monate pro Tag 6,10 Mk. und für drei Monate 4,10 Mk. — Die Straßenreiniger erhalten jetzt 40 Pf. Stundenlohn, früher 37 Pf. — Von einer Arbeitszeitverkürzung sind die Gasarbeiter „verschont“ geblieben, obgleich für die Schichtarbeiter die achtstündige Wechselschicht und für die übrigen Arbeiter der Neunstundentag gefordert wurde. Der Gasdirektor tut diese Forderung damit ab, daß er anbietet, es wäre bei Einführung der englischen Arbeitszeit eine vollständige technische Umwälzung des Betriebes resp. der Leien notwendig. Auch auf dem Schlachthof und der Quarantäneanstalt bleibt die 11stündige Arbeitszeit noch bestehen. Es sei denn, daß man zum 1. April den Neunstundentag einführt! Grundversteht ist es, daß man einfach nach dem Jahreslohn der Arbeiter die Zulage berechnet. Beim Schlachthof und bei der Quarantäne mit 11stündiger Arbeitszeit (Sommer und Winter) sind außerdem im Jahre 1913 700 bis 800 Heberstunden pro Arbeiter gemacht! Das sind 1000 Stunden pro Jahr mehr als in einem Betrieb, wo die 10stündige Arbeitszeit herrscht! Das genügt, um zu beweisen, daß man nie den Lohn allein gleichstellen sollte, ohne auch die Arbeitszeit in ein gleichmäßiges Verhältnis zu bringen. Durchschnittlich werden zehn Stunden pro Tag gearbeitet, das heißt einbegriffen sämtliche Sonn- und Feiertage, oder 4000 Arbeitsstunden auf 365 Tage verteilt. Bis jetzt wurden 40 Pf. pro Woche Stiefelgeld resp. Kleidergeld bezahlt. Das sind 20,80 Mk. pro Jahr. Diese sind jetzt den Arbeitern bei der Lohnzulage wieder abgezogen! Auf der einen Seite Lohnzulage, auf der anderen Seite Lohnföhrung. Wenn im Sommer 1913 der Neunstundentag gefordert und vom Vertreter des Schlachthofs eingewendet wurde, daß dann erst die Schlachthofordnung geändert werden müßte, so sind diese Einwände doch nicht stichhaltig. So konservativ darf man nicht sein, das sieht ja so aus, als wenn die Schlachthofordnung bis zum jüngsten Tag bestehen bleiben müßte. Die Aenderung bis zum 1. April ist dringend erwünscht. Die Arbeiter des Stadtbauamts, Abt. II, III und Stadtgärtnerei, haben während der sechs Sommermonate eine Arbeitszeitverkürzung von fünf Stunden pro Woche. Am Sonntagabend ist um 5 Uhr Feierabend. Am Tage vor den besonderen Feiertagen ist um 1 Uhr Feierabend. Die Mittagspause fällt weg und es wird bis 1 Uhr durchgearbeitet. Die Arbeitszeit regelt sich folgendermaßen: Es wird sechs Monate lang 10 Stunden pro Tag oder 58 Stunden pro Woche gearbeitet (früher 63 Stunden pro Woche), drei Monate lang 9 Stunden und drei Monate lang sieben Stunden. Wöchentliche Lohnzahlung ist noch nicht eingeführt! — Die sonstigen Erfolge sind: Für Heberstunden wird ein Zuschlag von 6 Pf. pro Stunde gewährt; für Nachstunden sowie Sonn- und Feiertage wird ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde gewährt. — Weiter hat man jetzt die Arbeiter in zwei Klassen geteilt. Es gibt jetzt „ständig“ und „unständig“ beschäftigte Arbeiter. Ständige Arbeiter sind, die vor dem 45. Lebensjahre bei der Stadt Mosk in Arbeit getreten und drei Jahre beschäftigt sind. (Den Kollegen Moser hat man bekanntlich vor kurzem aufs Pflaster geworfen, sonst wäre er im Juli 1914 händiger Arbeiter geworden und dies müßte man ja unbedingt verhindern!) Unständige Arbeiter sind diejenigen, die nur vorübergehend beschäftigt werden. Die ständigen Arbeiter, die vier Kinder und mehr haben, erhalten wertschätzend eine Familienzulage von 15 Mk. Jedem ständigen Arbeiter kann ein Urlaub von fünf Tagen gewährt werden unter Fortzahlung des Lohnes. Außerdem wird ein Zu-

schon bei miltärischen Übungen geübt. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld für 14 Tage gewährt. Das sind die Erfolge in ihrem ganzen Umfange. Natürlich keine freiwillige Spende der Stadtverwaltung, sondern sie ist dazu gezwungen worden durch das jahrelange Drängen unserer Kollegen. Zahlreiche Eingaben und Resolutionen, Mitgliederversammlungen und öffentliche Versammlungen sind vorausgegangen. Aber nicht minder konnten wir es unseren sozialdemokratischen Bürgervertretern verdanken. Meines Gegenüber haben sie vorübergehen lassen, um der Stadtverwaltung die Not der künftigen Arbeiter ins Gewissen zu rufen. Stärken wir also deren Weichen in der Bürgervertretung! Keineswegs liegt nun ein Grund vor, daß unsere Kollegen jetzt zufrieden sein sollten. Im Gegenteil: es heißt jetzt weitere Waffen schmieden: agitieren und organisieren, das ist unsere gegenwärtige Arbeit. Viel ist noch zu erringen. Bei der nächsten Lohnbewegung darf kein häßlicher Arbeiter mehr absteigefahren. Alle müssen mitarbeiten an der Hebung unserer wirtschaftlichen Lage. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, und gegen die Verbesserung seiner eigenen Familie. Mein Kollege sollte es daher verjümen, sich seiner Organisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, anzuschließen!

Stahlfurt. Unsere gut besuchte Mitgliederversammlung am 13. März nahm einen Vortrag des Kollegen Wachtendorf über: „Die gelbe Bewegung“ entgegen. Zu den Kosten der Konferenz wurden 5 Mk. aus der Kassa bewilligt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Pfeffer gewählt. Zum Schluß wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen mehr Interesse an den Versammlungen zeigen sollen.

Stenbal. Am 4. März fand unsere Mitgliederversammlung statt, an der zum ersten Male Frauen teilnahmen. Kollege Wachtendorf-Neudorf sprach über: „Wirtschaftliche Kämpfe und Erfolge“, mit welchem er reichen Beifall erntete. Eine regere Debatte entspann sich über den Urlaub der Kollegen vom Stadtbauamt. Wenn der Urlaub bewilligt ist, muß auch darauf dringen, daß er zu seinem Rechte kommt.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung vom 6. März wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Ortsverwaltung beschlossen habe, am 28. März im Saale der „Arbeiterhalle“ zwei Lichtbildervorträge (namensmäßig für Kinder und abends für Mitglieder) abzuhalten. Dieser Beschluß wurde von der Versammlung gutgeheißen. Wir dürfen wohl annehmen, daß unsere Kollegen diesen Veranstaltungen das nötige Interesse entgegenbringen und für zahlreiche Besuch Sorge tragen. Sodann referierte Kollege Stettner über den in Hamburg stattfindenden Verbandstag. Nach einer kurzen, sachlich gehaltenen Diskussion wurden einige Entwürfe zum Verbandstag angenommen, die an anderer Stelle demnächst veröffentlicht werden. Hierauf berichtete Kollege Stettner über eine von den Kollegen des Elektrizitätswerkes abgehaltene Betriebsversammlung, in welcher mit einer kleinen Mehrheit beschlossen wurde, für das Elektrizitätswerk eine Sektion zu gründen. Die Ortsverwaltung konnte in ihrer Mehrheit diesem Beschluß nicht beitreten, mit der Begründung, daß eine Notwendigkeit zu derartigen Sektionsgründungen zurzeit in Stuttgart (zumal erst vor kurzem das ganze Vertrauensmännersystem einer Reorganisation unterzogen wurde) nicht vorliegt. Nach einer sehr lebhaften Debatte, die leider in das persönliche Gebiet überging, wurde der Beschluß der Ortsverwaltung mit anfänglicher Mehrheit angenommen.

Vierzighüden-Neuenfelde. Am 8. März fand bei Peters die Diktiererversammlung statt. Der Antrag des Arbeiterausschusses, den an den Arbeitsplätzen an der Interesse beschäftigten Arbeitern das über 10 Pf. pro Tag hinausgehende Fahrgehalt zu ersetzen, ev. Beförderung durch Staatsfahrzeuge einzuführen, ist zunächst nur insoweit berücksichtigt worden, daß nunmehr freie Beförderung eines Teiles der unterstellten Staatsarbeiter stattfindet. Der wiederholt gestellte Antrag der Parolenmännerschaft auf Erhöhung ihrer Löhne und Ertragszahlung von Nebenstunden wird zurzeit von der Senatskommission erwogen. Für die Neubildung des Arbeiterausschusses wurden zwei Kollegen und die nötigen Erfolge bestimmt. Alle Hamburg erlaubte darauf die Vorzüge in der hamburgischen Bürgererschaft, soweit dieselben auf die Verfassungsmäßigkeit Bezug haben. Die Forderungen im Status der Betriebsmännerschaft sowie die bevorstehenden Wahlen der Aufsicht- und Vertreter wurden eingehend besprochen. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag soll im März am Sonntag, den 5. April, vorgenommen werden.

Wiesbaden. Am 6. März tagte unsere außerordentliche Mitgliederversammlung. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen Schmidt, Weber und Lüdow gewählt. Nachdem wurden die verschiedenen Anträge zum Verbandstag und zur Konferenz beraten und die Daten für die Delegierten festgesetzt. Es wurden dann noch einige Resolutionen erlassen. Unter anderem wurde beschlossen, daß Kollege Müller Mitglied von Arbeiter-Ligen Vereinen geworden ist und der Legation den Rücken gezeigt hat.

Rundschau

Geschäftsausweis der „Volksfürsorge“ für Februar 1914. Im Laufe des Monats Februar wurden insgesamt 15 151 Anträge aufgenommen. Davon für Kapitalversicherung 11 930 Anträge mit einer Versicherungssumme von 2 825 281 Mk. Für die Spar- und Mißversicherung gingen 3251 Anträge ein, wobei durch die letzteren 53 454 Mk. versichert sind. — Danach waren seit Geschäftsaufnahme (7. Juli 1913) bis 28. Februar 1914 zu erledigen 102 602 Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 18 512 007 Mk. und einer Mißversicherungssumme von 689 311 Mk.

Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frau kommt deutlich in der Statistik der Krankenversicherungspflichtigkeitsbefähigung alle in Gewerbebetrieben gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen ohne Rücksicht auf das Geschlecht zur Mitgliedschaft bei den Krankenkassen. Die einschlägigen Vorschriften sind auch von Einführung der Versicherung an bis zu dem kürzlich erfolgten Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die gleich geblieben. Bei allen Massenarten zusammen stieg von 1885 auf 1912 die Zahl der männlichen Mitglieder von 3½ Millionen auf 9½ Millionen, das ist ungefähr das 2½fache. Von 1905 bis 1912 betrug die Steigerung 24 714 Mitglieder oder 26 Proz. Noch viel stärker wuchs aber die Zahl der weiblichen Mitglieder an, nämlich von 3 Millionen auf 10 Millionen oder das 3½fache. Das Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder hat auch in den letzten Jahren noch in gleichem Maße fortgedauert; seit 1908 beträgt ihre Zunahme 658 897 oder 20 Proz. Im Jahre 1885 kamen im Durchschnitt aller Nationen auf 100 männliche Mitglieder 22,2 weibliche, im Jahre 1908 36,7 und im Jahre 1912 42,7. Bei den Gemeindefrankenversicherungen, die hauptsächlich landwirtschaftliche Arbeiter betreffen, kamen im Jahre 1912 auf 100 männliche Mitglieder 57,0 weibliche, bei den Ortskrankenkassen 50,3, bei den Innungskrankenkassen 22,9. Endlich sei noch mitgeteilt, daß im Jahre 1912 auf 1000 männliche Einwohner 28,6 männliche Versicherte, auf 1000 weibliche Einwohner 118,1 weibliche Versicherte kamen. Dieser Anteil der Frauen am Erwerbseinkommen ist nicht im ganzen Reich gleich groß. Am größten ist er in den Gebieten mit hochentwickelter Industrie. So kamen auf 1000 weibliche Einwohner weibliche Frauen in Berlin 332, in Posen mit umfangreicher Textilindustrie 320, in Sachsen-Altenburg 270, in Braunschweig 211, Provinz Sachsen 152 usw. Am geringsten ist der Anteil in Schaumburg-Lippe mit 19,5, Provinz Posen mit 27,3. Mit der Einführung der Reichsversicherungsordnung, die bekanntlich nuremehr sämtliche landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten, Heimarbeiter usw. der Versicherung unterwirft, ist die Zahl der versicherten weiblichen Personen noch weit mehr gestiegen.

Einen Gieranz nach bekannter Siris Dunderöder, liberaler Mannier führt der Arbeitersekretär und Führer des „Reichsvereins liberaler Arbeiter“, Erkelenz, in Nr. 24 der „Sozialen Partei“ auf. Unter der Artikelüberschrift: „Gegen den Streik in gemeinnützigen Betrieben“ sucht er die Gemeinde- und Staatsarbeiter vor Streiks graulich zu machen, indem er einige Geschichten aus England erzählt. Dort soll bei Streiks der Eisenbahner, Straßenbahner, Gas- und sonstigen Gemeindegewerkschaften, namentlich in Leeds und Blackburn, und der Mühlenfabrik in London das Bürgerertum zur Selbsthilfe gegriffen haben. Aus seinen Reihen hätten Leute (besonders Studenten) Streikbrecherdienste geleistet. Die Streiks seien deshalb auch verloren gegangen. Zur Konsequenz seiner Artikelüberschrift kann sich Herr Erkelenz trotzdem nicht aufschwingen, denn die Logik hinnt auch allzufehr. Wäre sie richtig, dann wären alle Streiks auch in der Privatindustrie unmöglich. Denn auch hier sind ja jetzt die Allgemeinunteressen genau so gefährdet wie in gemeinnützigen Betrieben. Das kann nur ein Ignorant leugnen. Herr Erkelenz bequält sich daher auch mit dem weiserheitsvollen Schluß: „Diese Vorgänge . . . verdienen in Deutschland nicht zuletzt auch von den Arbeitern beachtet zu werden, indem sie den bekannten Satz: „Alle Mäder stehen still“ teilweise bestätigen.“ — Das Gegenteil aber von dem, was uns Erkelenz aus England auftricht, haben wir z. B. in Italien erlebt. Dort sind wiederholt Streiks gewonnen worden, weil das Publikum sich einmütig auf die Seite der Ausständigen stellte, wie vor einigen Tagen erst wieder in Rom. Zugunsten der Krankenhäuser angehaltenen brach dort der Generallstreik aus und das Bürgerertum unterstützte durch Demonstrationen den Kampf, der auch zu teilweise Erfolge geführt hat. Aber auch in England sind wiederholt die „Allgemeinunteressen“ gefährdet worden durch Streiks der Bergarbeiter, Dockarbeiter usw. und doch war die öffentliche Sympathie auf Seiten der Streikenden und der Kampf endete sogar mit weitgehenden Zugeständnissen der gegnerischen Minderheiten.

Einen Einblick in die Fände der Unternehmerorganisationen gewährt das Geheimprotokoll über die Sitzung der Reichsversammlung der Betriebsräte von Straßenbahner, Kleinbahner und Elektrizitätswerken in und Mitteldeutschlands, die vor Jahresfrist in Rostock abgehalten wurde.

Das Referat über: „Streik bei den Angestellten der Straßenbahn“ hielt Direktor Nolle in Breslau. Er erklärte, daß der Streik der Straßenbahner in Königsberg recht empfindlich gewesen sei. Auffallend wäre gewesen, daß selbst die ältesten Fabrikanten sich haben verhalten lassen, an jenem Streik teilzunehmen. Ungewöhnlich lange dauerte der Streik — nämlich rund drei Wochen — und das wohl unter den bestehenden Verhältnissen bei einem Straßenbahnunternehmen viel sauer. Wie schon in Saarbrücken, ist auch der nachfolgenden Verwaltung in Königsberg durch andere Betriebe gebilligt worden, indem Personal zur Verfügung gestellt wurde. Allerdings konnte bei weitem nicht die Zahl der streikenden Fabrikanten erreicht werden. Besonderer Dank gebührt bei dem Streik in Königsberg der Polizei. . . . Lediglich die von fremden Betrieben gestellte Hilfe ermöglichte es, sich mit Erfolg gegen die Forderungen der Streikenden zu wenden. Daraus erwächst die Notwendigkeit, eine Vereinbarung zu treffen, stets dem bestreikten Betriebe mit Personal auszuweichen, und zwar zunächst mit Kontrollbeamten, deren Abwesenheit an ihrem Arbeitsort weniger auffallen würde. Die Leiter stadtrichter Betriebe dürften beim besten Willen nicht in der Lage sein, die bezeichnete Hilfe zu leisten, ohne sich Angriffen in den Stadtparlamenten aussetzen, es sei aber zu wünschen, daß auch durch die städtischen Betriebe Hilfe geleistet werden darf. Für diese Betriebe ist es besonders zweckmäßig, an Stelle der eigentlichen Fabrikanten einige Kontrollbeamten dem durch den Streik betroffenen Betriebe zur Verfügung zu stellen. Dies ist weniger auffällig. . . . Das Ausweichen bei Streiks müsse stattfinden, damit die Streikenden bei dem betreffenden Betriebe nicht den Triumph gemessen, den Betrieb der Straßenbahn auch nur einen Tag zum Stillstand gebracht zu haben. In der Diskussion jubelte Sternberg, Direktor der Potsdamer Straßenbahn, aus: „Neder irgendwo niedergelegene Streik ist ein Gewinn für die Allgemeinheit der Straßenbahnunternehmen; der Königsberger Streik hat der dortigen Verwaltung viel Gutes gebracht; den „arbeitswilligen“ Mannschaften wurden freie Tage, freie Verpflegung und ein Tagegeld von 15 Mk. gewährt; daneben wurde ihnen der dabei entgangene Lohn weitergezahlt. Der Streik hat der Straßenbahnverwaltung 175.000 Mk. gekostet.“ — Stegmann-Mosler: 15 Mk. Tagegeld für die Streikenden ist zu viel; die Leute müssen auch nicht mit Geld überhäuft werden.“ — Gehl, Direktor der Königsberger Straßenbahn: „Es heißt immer, das dürfen wir nicht dulden, daß unsere Leute organisiert sind; aber wir müssen uns auch sagen: auf die Dauer ist das nicht durchzuführen; es muß gründlich und wohl überlegt werden, welchen Eindruck wir bei der Behörde machen, wenn wir sagen: wir dulden nicht, daß das Personal organisiert ist — wir sind aber selbst organisiert.“

Sternberg-Posen empfahl eine Streikversicherung der Straßenbahnunternehmern. — von Verstein-Thorn warnte davor, den Kampf mit der Streikorganisation zu beidseitigen, da es unmöglich ist, den heillosen Gegenstand in diesem Gebiete zu verhandeln, man solle die Sache durch ein beratendes Kundschreiben ins reine bringen; die Kommunalbehörden könnten nicht mitmachen.“ — Nolle-Breslau: „Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit.“ Es sollte tatsächlich durch ein Kundschreiben an alle Verwaltungen Klarheit werden, ob wir uns alle im Falle eines Streiks mit Mannschaften auseinandersetzen wollen. — In diesem Sinne wurde beschlossen. Mittlerweile haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Luard und Schumann im Reichstag folgende Anfrage eingereicht: „In dem Herrn Reichstagler bekannt, daß eine den mehrfach ausgesprochenen Wünschen des Reichstags entsprechende und einseitige Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner, bei der außerdem lediglich die Unternehmer, nicht aber die Angestellten zur Vorbereitung ausgearbeitet wurden, vor kurzem mit Gültigkeit vom 1. April 1914 ab für Preußen allein vorgenommen worden ist? Was gedenkt der Herr Reichstagler zu tun, um eine der einseitigen Entwicklung der Straßenbahnen im Reich entsprechende einheitliche Regelung der Dienstverhältnisse für Straßenbahner herbeizuführen und die Übergang der Angelegenheit ihrer Verände neben derjenigen der Unternehmer für die Vorbereitung solcher Vorarbeiten zu fördern?“ — Wie die Antwort des Kanzlers der „gottgewollten Abhangigkeit“ lauten wird, dürfte immertun von Interesse sein.

Das deutsche Volkvermögen. Arnold Steinmann Pucher berichtet in einer erschienenen Schrift „Das reiche Deutschland“ das deutsche Volkvermögen auf 376 bis 397 Milliarden, d. h. auf rund 400.000.000.000 Mk.; darunter wird der Wert des im Ausland anwesenden Kapitals und des deutschen Besitzes an fremden Wertpapieren auf 25 Milliarden geschätzt. Im Jahre 1909 hatte der gleiche Verfasser das Volkvermögen nur auf 330 bis 340 Milliarden berechnet, also eine Steigerung um rund 40 Milliarden in noch nicht einem Jahrzehnt. Auf eine deutsche Durchschnittsfamilie käme danach ein Vermögen von rund 30.000 Mk. Es hätte jede Familie ein ausreichendes Einkommen, das höher wäre als ein durchschnittliches Arbeitervermögen. Da nun aber die Einkommen des Volkes kein Vermögen haben, ist dies, was man Volkvermögen nennt, in Wahrheit das Vermögen, das dem Volke abrahmt ist.

Statistisches über unser Schulwesen. Die letzten Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes über das Schulwesen beziehen sich auf das Jahr 1911. In diesem Jahre wurden in den deutschen öffentlichen und privaten Schulen 11.462.358 Schüler unterrichtet, von denen 10.749.512 = 93,9 Proz. die Volksschule und 713.846 = 6,2 Proz. höhere Schulen besuchten. Unter den Volksschülern befanden sich 5.399.471 Knaben und 5.349.041 Mädchen, unter den Besuchern der höheren Schulen 473.090 Knaben und 240.768, also erheblich weniger, Mädchen. Von den Knaben, die eine höhere Schulbildung genossen, besuchten 169.177 Gymnasien und Progymnasien, 210.686 Real- und Oberrealschulen, während 12.184 auf sonstige nicht vollständige Schulen und 48.943 auf Vorrichtungsgängen. 2051 wurden in höheren Mädchenschulen unterrichtet. Von den Mädchen besuchten 22.137 das Gymnasium, 212.324 höhere Mädchenschulen und 6305 höhere Anstalten. Die Volksschulen teilen sich in einfache und gehobene, an manchen Orten auch Mittelschulen genannt, das sind Schulen, in denen wenigstens eine fremde Sprache gelehrt wird. Von sämtlichen 10.749.512 Volksschülern entfielen 354.054 auf solche gehobene Schulen. Endlich ist noch zu erwähnen, daß 11.256.806 Schüler öffentliche Schulen und 206.552 Privatschulen besuchten. Die Religionszugehörigkeit wird aus folgender kleinen Uebersicht klar: Es waren

	Volksschulen Schüler	in Proz.	höhere Schulen Schüler	Gesamtbevölk. in Proz.	Proz.
evangelisch . . .	6.967.376	64,8	493.269	69,1	61,6
katholisch . . .	4.225.995	39,3	177.145	24,8	36,7
irrakonisch . . .	83.187	7,7	40.945	5,7	0,95
sonstige . . .	136.850	12,7	2.486	0,3	4,4

Danach sind also die Evangelischen etwas höher, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechen würde, und die Katholiken etwas niedriger an den höheren Schulen beteiligt, während die Juden etwa viermal so viel höhere Schüler stellen, als sie es ihrer Gesamtzahl entsprechend zu tun bräuchten. Nahezu die Hälfte aller jüdischen Kinder besucht eine höhere Schule. Diese Unterschiede erklären sich aus der Vertriebenheit der wirtschaftlichen Lage, in der sich die Angehörigen der drei Konfessionen in Deutschland befinden. Was die Kosten der Schulen anbelangt, so liegen hier nur für die öffentlichen Schulen umfassende Ziffern vor. Diese betragen im Berichtsjahre 877,5 Millionen Mk. Davon entfielen 700,5 Millionen Mk. = 80 Proz. auf die Volksschulen und 177 Millionen Mk. = 20 Proz. auf die höheren Schulen. Zu den Kosten der einfachen Volksschule, die 670 Millionen Mk. betragen, trägt der Staat 214 Millionen = 32 Proz. bei; das übrige bringen die Gemeinden auf. Von den 3 1/2 Milliarden Mk. betragenden Kosten der erweiterten Volksschule werden 2 1/2 Millionen durch den Staat, 15 Millionen durch die Gemeinden, 11,7 Millionen durch Schulgeld und 1,2 Millionen auf andere Weise aufgebracht. Die Kosten der höheren Schulen endlich in Höhe von 177 Millionen Mark teilen sich in 51 Millionen = 29 Proz. Staats-, die gleiche Summe Gemeindebeiträge, 68,25 Millionen = 38,5 Proz. Schulgelde und 7 Millionen = 5 Proz. sonstige Gelder. Auf den einzelnen Schüler kommen Kosten in der Volksschule 65 Mk., in der erweiterten Volksschule 112 Mk. und in den höheren Schulen 288 Mk. Der Beitrag, den Staat und Gemeinde pro Schüler leisten, stellt sich in den einfachen Volksschulen auf 65 Mk., in den erweiterten auf 64,5 Mk. und in den höheren Schulen auf 196 Mk. Obwohl also die Schüler der gewöhnlichen Volksschulen kein Schulgeld zu zahlen haben, während auf die Schüler der höheren Schulen im Durchschnitt ein solches von 112 Mk. entfällt, ist doch der Beitrag, den Staat und Gemeinde zu den Schulkosten leisten, in den höheren Schulen ein zweieinhalbmal so großer pro Schüler als in den Volksschulen.

Ein Nachtrag zum Prozeß gegen den Würdiger Reims. Die „Gewerkschaft“, das Organ der Gewerkschaftskommission Reichsreichs, widmet in seiner neuesten Nummer dem Prozeß gegen den Streikbrechervertreter Reims einige nachdrückliche Betrachtungen, die uns wert erscheinen, sie im Auszug hier wiederzugeben. Das Blatt schreibt: „Die „Wolfs Richter aus dem Volke“, welche in Leitmeritz dafür zu sorgen haben, daß die Vertreter des Rechts nach den Vorschriften des Gesetzes geahndet werden, haben den Bodenbacher Würdiger Paul Reims vom Morde freigesprochen. Sie fanden ihn bloß der Hebertretung der Menschlichkeit schuldig, und wurde er infolge dieses „Rechtsgrundes“ zu acht Monaten strengem Arrest verurteilt. Doch selbst zu diesem Schuldspruch haben sich die Leitmeritzer „Vollstreckter“ nur schwachen Verzweigs bekannt: nur die vom Geleis vorgeschickten acht Stimmen für das Schuldig! haben sich gefunden; hätte nur einer von diesen acht sich den vier Ehrenmannern angeschlossen, die nicht einmal „überzeugt“ waren, Reims habe die Pflicht verletzt, so wäre der wegen der schuldigsten Verbrechen und Vergehen in Deutschland 17mal abgearbeitete Justizwahrer ganz frei ausgegangen. . . .“

Wie man im Auslande über deutsche Streitzugung denkt, geht aus folgenden Zeilen hervor: „Es sind die Zeiten des so nahen Deutschlands, denen die Leitmeritzer Geschehnisse gefolgt sind. Da dürfen wir in den letzten Jahren Zitter geworden, in jedem streikenden Arbeiter ein wessentliches Bild zu erblicken, das niedrigeren Recht und Pflichten hohen Puters in der hierher von Deutschen strahlen eine Strafe zu erwarten hat, die mehr als anerkennender Lohn, denn als

folche zu betrachten ist. Diese Entwicklung der reichsdeutschen „Rechtspflege“ ist in Leitenerig Bewunderung erregt und zur Hochachtung Anlaß gegeben zu haben. Wenn auch sonst Oesterreich an Materialismus und Unkultur verkommt, zumindest auf dem Gebiete der Stempelsteuern Ausnutzung der Gesetze zum Schutze des heiligen Geldfades, wollen wir deutscheuropäische Kultur setzen und gleich unseren Stammesverwandten jenseits der Grenze einen Preis für den Stoff jedes Arbeiters aussetzen, der es wagt an unsere Geldfadsinteressen zu rühren!

Ein vernünftiges Wort. Vor dem Kaiserkönig Ludwig III. erforschten vor einiger Zeit eine Abordnung adliger Damen, um dem König zu bitten, das Protektorat über Hühner für kranke Tiere zu übernehmen, die im ganzen Reiche gegründet werden sollten. Der König hörte die Damen an, erkundigte sich, wieviel Geld für diesen Zweck bereits gesammelt sei und antwortete, nach der „Täglichen Rundschau“, dann: „Kranke Tiere, meine hochverehrten Damen, löst man, danken Menschen aber nicht. Verwenden Sie Ihr Geld lieber für die armen, Kranken und erwerbsunfähigen Menschen, denen Sie nützen, den Kranken Haken, Hunden und Pferden aber nicht. Folgen Sie, meine Damen, und Sie werden ein wohlthätiges Werk tun. Ich bitte Sie, meine Worte zu beherzigen.“ Mit diesem Gesichtsprinzip waren die Damen entlassen. So vernünftige Königsworte hört man selten.

◆ **Briefkasten** ◆

St., Stuttgart und andere. Entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten werden die Urträge zum Verbandstag sowie die Kandidaten besonders in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht. Eine Wiedergabe in den Verichten erübrigt sich daher. Wir erlauben alle Schriftführer, dies bei den weiteren Verichten zu beachten.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Vichtkräften, Monatliches Bildungsorgan für deutsche Arbeiter, herausgegeben von Julian Wochardt. Erschienen in Nr. 7 (Märzheft) mit folgendem Inhalt: 1. Der Herr Polizeipräsident. 2. Die Anfänge der Pfaffenberufshaft. Von E. Hornle. 3. Grundzüge des Kommunismus. 4. Vom Wert. 5. Krise und Zukunftshaft. Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen, bei den Postportaleuren der Partei- und Gewerkschaftspresse sowie beim Verlag, Berlin Lichterfelde 3, Hedwigstraße 1.

„Der Naturarzt“, 42. Jahrg., Nr. 1 (Ausgabe 161 000). Red.: Dr. med. Schönberger und Cesar Mummert. Erpb.: Berlin ZB. 11. Preis: Jahrl. 3 M. Probenummer frei. — Aus dem Inhalt: Zur 25jährigen Jubelfeier des Bundes. — Zahlen und Daten aus der Geschichte der Naturheilbewegung. — Prof. Dr. Emil Klein: Die deutsche Naturheilbewegung und das Bundeskrankenhaus. — Dr. med. Dr. Schönberger: Die rote Nase. — Dr. med. Heller-Hoerschelmann: Der Nieren- und Nierenkatheter, ein sehr wirkendes Heilmittel. — Der Natrium-, Nephrothorium- und Salvarsan-Nimmeln. — Aus der Sammelmappe: Die Nahrung. — Ursache und Aetio der Krebsgeschwulst. — Zur Unterbindung zwischen einer Verfauchung und einem Knochenbruch. — Ueber die Ursachen der Mindergebogung. — Carniauretrele Nial. — Der Milchvertrauch. — Aus der Zeit: Können Eltern gezwungen werden, ihre kranken schulpflichtigen Kinder ärztlich behandeln zu lassen? usw. — Humoristische Gede. — Wäberroman. — Veltagen: Dr. med. Schönberger: Kumpfs, Regenpeter, Pauernwegel. — Margarete Schirmer: Ferienkolonie in Nahrung auf dem Bundesland. — 4. Martin Schommler: Wie man leicht auswendig lernen kann. — Auno v. d. Schall: Ein Bülger.

Eine gediegene Zeitschrift fürs Volk ist die von Theodor Egel geleitete Stuttgarter Wochenchrift „Die Zeie“. Diese Zeitschrift hat sich zum Ziel gesetzt, die reichen Schätze deutscher und fremder Literatur in die breiten Massen zu tragen und auf diese Weise die immer harter um sich greifende Schundliteratur zu bekämpfen. Aber nicht nur das, „Die Zeie“ will auch Freude an Büchern wecken und liefert deshalb ihren Abonnenten jährlich vier wertvolle, angelegentlich illustrierte wöchentliche Hefen. Dies ist nur möglich, weil „Die Zeie“ ein gemeinnütziges Unternehmen ohne irgendwelche Erwerbsinteressen ist. Die Zeitschrift selber ist ungenügend reichhaltig. Sie bringt Romane, Erzählungen und Skizzen und viele Beiträge belehrender und bildender Natur. Aus dem Inhalt der beiden letzten Nummern führen wir an: Peter Moserger, Der Kinderfittler; Bill Kesper, Gedichte; Rudolf von Tetus; Sokrates; Volkstheorie aus dem Arummen Elfa; Bernhard Walter, Aus, eine Tiergeschichte; Jules Michelet, Der Nibel, eine naturwissenschaftliche Abhandlung usw. Probenummern sind von der Geschäftsstelle der „Zeie“, Stuttgart, Ludwigsstr. 26, erhältlich.

Wie wird man Sozialdemokrat? Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß sie nicht wie diese ein zu

sammengewürfelter Haufen von Leuten ist, die nie genau wissen, was sie wollen, und deren Blick nie weiter reicht als bis zum nächsten Tag. Sie ist vielmehr eine Partei, deren Ziel die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung ist und deren Kämpfe demnach planmäßig geführt werden müssen. Darum ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die ein wirkliches Programm hat. Dieses Programm ist nicht für einen bestimmten Tag verfaßt, wie etwa das Wahlprogramm irgendeiner bürgerlichen Partei. Es gilt jederzeit und gibt die Richtschnur für all unser Tun. In ihm sind die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zusammengefaßt, die in jahrzehntelanger Geistesarbeit gefunden worden sind. Die knappen Tage des Programms haben demnach einen außerordentlich reichen Gedankeninhalt, der nicht leicht aus den wenigen Seiten des Programms herauszuschöpfen ist. Darum ist eine gemeinverständliche Erläuterung des Parteiprogramms unerlässlich. Robert Danneberg hat den Versuch unternommen, eine gemeinverständliche Darstellung der Grundzüge des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu geben. Die Programmroschüre ist in 2½ Jahren in Oesterreich und Deutschland in 25 000 Exemplaren verbreitet worden. Sie hat in der überall aufstrebenden Bildungsbeogung wertvolle Dienste geleistet. Nun ist sie in neuer Auflage erschienen. Der Verfasser hat die Roschüre umgearbeitet und auf den doppelten Umfang gebracht. Das Buch wird überall gute Dienste leisten. Es gibt den Vertrauensmännern der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Material, das für Vorträge aus dem Gebiete des Sozialismus verwendet werden kann. Es ist ein Leuchtbuch des Sozialismus und soll dem Gegner nicht minder wie dem Freund der Arbeiterbewegung zur Lectüre empfohlen werden. Darum gehört es in jede Arbeiterbibliothek. Das Buch umfaßt 196 Seiten und kostet broschiert nur 70 Heller (60 Pf.), kartoniert 1,20 Kronen (1 M.).

Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Unter diesem Titel ist eine in 100 000 Exemplaren verbreitete Schrift des Hpt. Kassinspektors F. Kurr und Architekt P. B. Kuhn erschienen, die Wege zeigt, wie man die Mietwohnung mit dem Eigenheim vertauschen kann, das dem größeren oder kleineren Geldbeutel angepaßt wird. Das 160 Seiten starke Werk (1,40 M., Porto 20 Pf.) bezeichnet sich als ein Buch zum Lust und Planmachen für jedermann. Das im Heimkulturverlag zu Wiesbaden 34 erschienene Buch kostet portofrei 2 M. und für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Zit. Wiesbaden) wird es kostenlos geliefert mit vier anderen größeren Büchern und der Vereinszeitschrift „Heimkultur“ (Gesamtwert 24 M.). Mitgliedsbeitrag nur 10 M. jährlich. Unsere Leser erwarten Zugungen usw. der Gesellschaft für Heimkultur e. V., Wiesbaden 34, auf Verlangen kostenlos zugesandt.

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse, Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Straßammer. Ausführender Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. Umfang 16 Seiten. Preis 10 Pf. Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt a. M.

Filiale Konstanz. Die neue Adresse des Vorsitzenden Leo Wosch ist jetzt Kollerstraße 35.

Filiale Bayreuth.

Die Auszahlung von Unterstütionen erfolgt vom 1. April ab nicht mehr vormittags, sondern von 12—1 Uhr beim Kassierer Johann Hagen, Nikolausstraße 6.

Die Filiale Straßburg i. G. sucht zum 1. April oder später einen

Ortsbeamten.

Selbste muß in schriftlichen Arbeiten gewandt und rednerisch befähigt sein. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Münchner Verbandstags.

Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf nebst einer Abhandlung über „Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten“ sind bis zum 29. März einfd. einzureichen an Karl Bärter, Straßburg, Hauptstraße, Antecq 2.

Totenliste des Verbandes.

W. Hilmer, Hamburg Invalide † 6. 3. 1914, 51 Jahre alt.	M. Wiedmann, Cannstatt Gasarbeiter (Städt. Gaswerk) † 12. 3. 1914, 46 Jahre alt.
Arthur Ohme, Leipzig-Söbnig Gasanstaltsarbeiter † 6. 3. 1914, 39 Jahre alt.	A. Salimma, Reinickendorf Arbeiter (Gaswerk Egel) † 12. 3. 1914, 41 Jahre alt.
Karl Stoppel, Wittenau Arbeiter (Gaswerk) † 7. 3. 1914, 62 Jahre alt.	H. Frankenbad, Frankf. M. Schulbeizer (Schuldeputation) † 10. 3. 1914, 62 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!